
**BERICHT ZUR INTEGRIERTEN AUFGABEN- UND FINANZPLANUNG 2006
BIS 2009 SOWIE ZUM STAATSVORANSCHLAG 2006**

Inhalt	Seite
1 Einleitung und Antrag	2
2 Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2006 bis 2009	3
21 Umsetzung der Strategieplanung 2012+ und rollende Fortsetzung der Amtdauerplanung bis 2009	3
22 Veränderungen der Rahmenbedingungen	4
221 Entwicklungen im Umfeld	4
222 Eigene Staats- und Verwaltungsorganisation	6
223 Zielvorgaben und Eckwerte zum rollenden Finanzplan	7
23 Ergebnis des rollenden Finanzplans	10
24 Bericht zur integrierten Aufgaben- und Finanzplanung nach Departementen und Ämtern	12
25 Nachgeführtes Gesetzgebungsprogramm 2006 bis 2009	98
3 Staatsvoranschlag 2006	102
31 Erläuterungen zum Staatsvoranschlag	108
311 Personalpolitische Eckwerte	108
32 Gesamtergebnis	110
33 Laufende Rechnung	111
34 Investitionsrechnung	116
35 Kennzahlen	117
4 Beschlüsse des Kantonsrates zum Staatsvoranschlag 2006 und verabschiedetes Ergebnis	113

Bericht des Regierungsrats zur Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2006 bis 2009 sowie zum Staatsvoranschlag 2006

Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Wir unterbreiten Ihnen die rollende Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) 2006 bis 2009. Sie stützt sich auf die langfristige Strategieplanung 2012+ und die mittelfristige Amtsdauerplanung 2003 bis 2006. Sie berücksichtigt auch die Änderungen aus dem rollenden IAFP 2005 bis 2008 sowie die zwischenzeitlich veränderten Rahmenbedingungen. Damit entsprechen wir dem Grundauftrag des Regierungsrates, vorausschauend die Staatstätigkeit zu leiten, zu planen und zu koordinieren (Art. 19 Abs. 1 Staatsverwaltungsgesetz, Art. 2 der Organisationsverordnung und Art. 35 und 36 der Finanzhaushaltsverordnung).

Der IAFP zeigt einerseits die Schwerpunkte der in der Gesetzgebung verankerten Leistungsaufträge und die wichtigsten Projekte für 2006 zusammen mit den finanziellen Auswirkungen auf. Andererseits gibt die rollend weitergeführte Mittelfristplanung Auskunft über die voraussichtliche Weiterentwicklung der Aufgaben und Finanzen in den Jahren 2007 bis 2009. Diese hat aber nicht die Verbindlichkeit eines Mehrjahresbudgets. Die aufgezeigte Aufgabenentwicklung und die dargestellten Projekte bedürfen im Einzelfall noch der Zustimmung der zuständigen politischen Behörden sowie der jeweiligen Konkretisierung in den kommenden Staatsvoranschlägen. Zudem bereitet der Regierungsrat nach einer Beurteilung der auslaufenden Amtsdauerplanung 2002 bis 2006 für die Jahre 2006 bis 2010 in einem besonderen Prozess die neue vierjährige Amtsdauerplanung vor.

Die Hochwasserkatastrophe von Ende August 2005 hat den Kanton Obwalden und die Gemeinden in grossem Ausmass getroffen. Besonders betroffen sind verschiedenste Einrichtungen und Infrastrukturen, die dem Kanton als Eigentümer gehören oder den kantonalen Verantwortungsbereich tangieren. Die daraus entstehenden Kosten für das Jahr 2006 sind aus heutiger Sicht in vollem Umfang schwer abschätzbar. Dies nicht zuletzt wegen der Unsicherheit bezüglich der endgültigen Versicherungsdeckung und der Unterstützung durch den Bund. Der vorliegende IAFP und Staatsvoranschlag 2006 enthält die finanziellen Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe noch nicht. Er ist trotzdem als Grundlage für die Aufgaben- und Finanzplanung zu brauchen, zumal er auch als Grundlage für die Vorbereitung der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 wichtig ist. Auf Grund des Berichts über die Hochwasserkatastrophe wird dem Kantonsrat im November 2005 ein Nachtrag zum Staatsvoranschlag 2006 vorliegen, welcher die finanziellen Auswirkungen und die notwendigen Anpassungen insbesondere bezüglich der Investitionen 2006 vorschlägt.

Wir beantragen Ihnen, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, von der rollenden Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung Kenntnis zu nehmen und den Staatsvoranschlag 2006 zu genehmigen.

Sarnen, im September 2005

Im Namen des Regierungsrats

Hans Matter, Landammann

Urs Wallimann, Landschreiber

2 Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2006 bis 2009

21 Umsetzung der Strategieplanung 2012+ und rollende Fortsetzung der Amtsdauerplanung bis 2009

Die zu Beginn der laufenden Amtsdauer aufgezeigte Langfriststrategie 2012+

KANTON OBWALDEN
WOHN-ATTRAKTIV, WIRTSCHAFTS-DYNAMISCH UND OPTIMAL VERNETZT
IHR PARTNER IN DER ZENTRALSCHWEIZ

bildet zusammen mit den strategischen Leitideen die Grundlage für die Ziele, die der Regierungsrat in den einzelnen Politikbereichen erreichen will, um den Kanton gut zu positionieren und möglichst günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Zum Wohlergehen der Bewohner und Bewohnerinnen des Kantons soll eine nachhaltige Entwicklung stattfinden.

Die Amtsdauerplanung wird in einer jeweils um ein Jahr erweiterten, rollenden Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung nachgeführt. Mit dem Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) wird der frühere rollende Finanz- und Investitionsplan (Input-Planung) weitgehend mit einer flächendeckenden rollenden Ziel-, Aufgaben- und Massnahmenplanung (Output-Planung) ergänzt. Dazu gehören nicht nur die Darstellung der jeweils neuen Projekte sondern auch das Aufzeigen der bestehenden Leistungsaufträge der einzelnen Amtsstellen. Die Leistungsaufträge ergeben sich aus der Gesetzgebung und besonderen Kreditbeschlüssen und binden bereits einen grossen Teil der finanziellen und personellen Ressourcen.

Der jährlich nachgeführte IAFP bildet den Budgetrahmen für das nächste Jahr und ermöglicht:

- Die Jahresziele des Regierungsrats und der Departemente übersichtlich und soweit möglich wirkungsorientiert, darzustellen und im Rahmen der Geschäftsberichtsprüfung ein Controlling zu ermöglichen;
- das "Unternehmen Kanton Obwalden" mit seinen Leistungsaufträgen und Projekten einerseits sowie den finanziellen Auswirkungen andererseits als Ganzes zu überblicken;
- veränderten Rahmenbedingungen im Umfeld und bei der eigenen Organisation durch Anpassung der Prioritäten – im Verhältnis zu den vorangegangenen Planungen – Rechnung zu tragen;
- die langfristige strategische Entwicklung der kantonalen Aufgabenerfüllung mit integrierter Aufgaben- und Finanzsteuerung je Amtsbereich auf der Grundlage der Kostenstellenrechnung sicherzustellen.

Die Fraktionen, Kommissionen und Kantonsratsmitglieder können abweichende Haltungen zum IAFP durch parlamentarische Vorstösse einbringen und beschliessen lassen oder in Stellungnahmen anlässlich der parlamentarischen Beratung kundtun und zu Protokoll erklären.

22 Veränderungen der Rahmenbedingungen

221 Entwicklungen im Umfeld

Gesellschaftliches Umfeld

Das GFS-Sorgenbarometer (Credit Suisse [Hrsg.], Zürich, Dezember 2004) zeigt eine übergeordnete Problemwahrnehmung der schweizerischen Bevölkerung in Bezug auf 1 Arbeitslosigkeit, 2 Gesundheit, 3 AHV/Altersvorsorge, 4 Flüchtlinge/Asyl, 5 Bundesfinanzen. Übertragen auf den Kanton Obwalden wird eine leicht abweichende Wahrnehmung eingeschätzt: **1 Gesundheit, 2 Bundesfinanzen, 3 AHV/Altersvorsorge, 4 Arbeitslosigkeit und 5 Flüchtlinge/Asyl**. Der Bereich Gesundheit mit der Zukunft des Kantonsspitals Obwalden bewegt die Bevölkerung sehr. Die Kürzung der Bundesfinanzen wirkt unmittelbar und mittelbar auf die Volkswirtschaft und Staatsfinanzen (z.B. Abbau von Militärarbeitsplätzen [Zeughaus Sarnen] und Strukturwandel in der Land- und Forstwirtschaft). Hingegen ist die Wahrnehmung bezogen auf die Arbeitslosigkeit in Obwalden weniger stark ausgeprägt.

Das Bevölkerungswachstum hat sich tendenziell abgeschwächt (Stagnation im 2004). Das Bevölkerungsszenario des Bundesamtes für Statistik (BfS) für Obwalden geht von einem Wachstum bis 2020 von insgesamt 9 bis 10 Prozent oder 170 Personen im Jahr aus. In der Strategie 2012+ wurde als Wachstumsziel 350 Personen pro Jahr gesetzt. Diese Vorgabe wird für das Jahr 2006 schwerlich zu erreichen sein, doch soll sie als Richtziel erhalten bleiben. Neben dem quantitativen Wachstum kommt auch dem qualitativen Wachstum im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Kantonsmarketings sowie der Gestaltung der Steuerstrategie eine wesentliche Bedeutung zu.

Die Tendenz hin zu einer pluralistischen und individualistischen Gesellschaft nimmt zu, die solidarische Ausübung von gesellschaftlichen und nachbarlichen Verpflichtungen dagegen ab. Die Übertragung von Aufgaben der Kindererziehung von Eltern an den Staat ist ein gesellschaftliches, aber auch ein politisches Phänomen. Im öffentlichen Bereich ist ein Aufgabenwachstum festzustellen, das in direktem Widerspruch zu den knapper werdenden finanziellen Ressourcen steht. Die unmittelbare Wahrnehmung der staatlichen Behörden und Verwaltung ist im Wandel begriffen. Die Bürgerin und der Bürger nehmen die Verwaltung als umfassende Dienstleistungsstelle wahr. Das erfordert eine ständige Entwicklung der an die realen Bedürfnisse der Bevölkerung angepassten, dienstleistungsgerechten Verwaltungsstrukturen und -abläufe.

Wirtschaftliches Umfeld

Der Wirtschaftsaufschwung verläuft weiterhin zögerlich, das Wirtschaftswachstum kann auch für das Jahr 2006 mit einer Zuwachsrate von 1,6 Prozent als moderat prognostiziert werden. Auch wenn ein Aufschwung zu verzeichnen ist, zeigt es sich, dass dieser nicht zwingend mit einem höheren Angebot an Arbeitsplätzen einhergeht. Die Arbeitslosenrate wird deshalb auf dem Stand von zurzeit 1,4 Prozent (Juli 2005) verharren bzw. 2006 allenfalls leicht zunehmen.

Das Volkseinkommen liegt in Obwalden fast ein Viertel unter dem schweizerischen Durchschnitt. Die Differenz zum durchschnittlichen Einkommen in der Schweiz hat sich seit 1998 um fünf Prozent verringert. Die primären Einkommen der privaten Haushalte sind mit über 95 Prozent der bestimmende Faktor, während die Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften mit etwa vier Prozent nur die Hälfte des schweizerischen Durchschnitts erreichen.

Mit der Abstimmung über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedstaaten im September 2005 findet eine wichtige Volksbefragung statt, die bei einer allfälligen Ablehnung erhebliche negative Auswirkungen auf die gesamten Bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union (EU) haben kann und sich auch auf die exportorientierten Unternehmungen im Kanton auswirken würde. Im Zentrum steht der Abbau von Handelshemmnissen beim Zoll. Andererseits wirkt die globale Wirtschaft weit in die Schweiz und in den Kanton hinein. Es sind Abbauverpflichtungen beim Grenzschutz im Rahmen der internationalen Abkommen für landwirtschaftliche

Produkte (GATT, EU und EU-Osterweiterung) absehbar. Das wird den Druck auf die Produktpreise erhöhen, was auch der Obwaldner Landwirtschaft zu schaffen machen wird.

Das Zeughaus Sarnen wird im Rahmen der Armee XXI spätestens Ende 2007 in der heutigen Form geschlossen werden. Eine Reihe von anderen militärischen Objekten wird ebenfalls keine Verwendung mehr finden. Allenfalls ist der Kauf von Militärobjekten durch den Kanton zur Umsetzung der Strategie 2012+ zu prüfen, insbesondere sind im 2006 die rechtlichen Rahmenbedingungen abzuklären.

Die Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden sowie der Schutz des Klimas werden auf Grund der steigenden Belastungen für den nachhaltigen Erhalt der Lebensgrundlagen immer wichtiger. Das Kyoto-Protokoll ist zu Stande gekommen. National koordinierte sowie mit der EU harmonisierte Massnahmen, wie z.B. eine CO₂-Abgabe, können Auswirkungen auf die Wirtschaft zeitigen. Die Spannungsfelder zwischen dem Schutz der natürlichen Ressourcen und intensiver wirtschaftlicher Nutzung nehmen nichtsdestotrotz zu. Das spielt eine Rolle, vor allem in Bezug auf die Richtplanung. Es ist ausserdem auf die Bedeutung für die Strategie 2012+ hinzuweisen, in deren Rahmen Wege unter Abwägung der bisherigen Interessen von Landwirtschaft und der Raumplanung zu fällen sind.

Die Umsetzung der AP 2007 bringt voraussichtlich den vorzeitigen Ausstieg aus der Milchkontingentierung ab 2006. Mit der AP 2011 werden die Marktstützung grösstenteils gestrichen und die Exportsubventionen vollständig abgebaut. Sie werden teilweise in Direktzahlungen umgelagert. Der Strukturwandel mit Betriebsaufgaben und Neuausrichtungen von Betrieben in der Landwirtschaft verstärkt sich insbesondere auf die Milchverarbeitungs- und Handelsbetriebe. Nebenerwerbe werden immer wichtiger. Durch diesen Prozess können soziale Probleme entstehen.

Staatliches Umfeld

Bund

Die Perspektiven bei den Bundesfinanzen sind nach wie vor schlecht. Nach den Entlastungsprogrammen 2003 und 2004 sowie internen Korrekturmassnahmen sind weitere Massnahmen nicht ausgeschlossen. Im Grundsatz ist eine Sanierung der Bundesfinanzen notwendig. Diese darf aber nicht auf dem finanziellen Rückgrat der Kantone durchgeführt werden. Trotzdem sind weitere Belastungen zu erwarten. Durch das Entlastungsprogramm EP 2004 speziell betroffen sind der Nationalstrassenbau, die Armeeinfrastruktur sowie der Bereich Naturgefahren (Schutzwald, technische Verbauungen).

Das Steuerpaket 2001 wurde im Herbst 2003 durch das Volk abgelehnt. Umstritten war damals der Teil Wohneigentumsbesteuerung. Hingegen waren die Teile Familien- und Ehepaarbesteuerung im Grundsatz akzeptiert. Darum ist absehbar –und so sind auch die politisch Verantwortlichen mit ihren Versprechen verblieben–, dass der unbestrittene Teil bald reformiert werden wird. Im 2006 wird das noch nicht der Fall sein; in der kommenden Legislatur jedoch bestimmt. Genau das gleiche gilt für das Projekt Unternehmenssteuerreform II. Diese beiden Reformvorhaben im Steuerbereich werden die Steuererträge für Bund und Kantone schmälern und Ausfälle hervorrufen.

Zentral für 2006 (und auch die Folgejahre) wird die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie der Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV). Es ist ein wesentlicher Handlungsbedarf im Gesetzgeberischen zu erkennen. Die Kantone werden hierbei unterstützt durch die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und die Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK), die den Prozess zu harmonisieren versuchen. Grundsätzlich nicht auszuschliessen ist der Bedarf an zusätzlichen personellen Ressourcen.

Speziell zu beachten gilt es die neuen Zuständigkeiten beim Unterhalt der Nationalstrassen, bei den Sonderschulen, den Bau- und Betriebsbeiträgen an Werk- und Tagesstätten, den Ergänzungsleistungen und individuellen Leistungen der AHV und IV (Spitex) sowie bei der Landwirtschaft (Beratungen, Tierzucht) und Umwelt (Luftreinhaltung, Lärmschutz). Trotz der Neuregelung des Finanzausgleichs sind Ansprüche seitens der Agglomerationen und Zentren gegenüber den angrenzenden Randregionen nicht auszuschliessen (z.B. im Kulturbereich).

Die Neuausrichtung der Regionalpolitik des Bundes ist auf Grund des Vernehmlassungsverfahrens sehr umstritten. Es muss angenommen werden, dass die finanziellen Zuwendungen an die Rand- und Bergregionen nicht höher werden. Die Cluster-Politik wird sich durchsetzen. Obwalden wird hier mittelfristig, betrachtet man nur die Einnahmeseite und die Neuausrichtung rein statisch, betroffen sein. Natürlich birgt das Ganze auch Möglichkeiten und positives Potenzial (gezielte Unterstützung von Innovationen) in sich.

Interkantonale Zusammenarbeit

Nach einer ersten Phase der verstärkten institutionalisierten Zusammenarbeit unter den Kantonen (in Form von Vereinbarungen und Konkordaten) ist eine Art Gegentrend auszumachen. Ausgelöst wurde dieser durch die allgemeine Finanzknappheit und die Entlastungsprogramme sowie die bescheidene Möglichkeit an zuverlässiger Überprüfung des Nutzens der Zusammenarbeit (fehlendes Controlling). Jedoch: Einfache Alternativen zu den verschiedenen Zusammenarbeitsformen (beispielsweise in der Bildung oder bei der Gesundheitsversorgung) sind zurzeit für den Kanton Obwalden nicht in Sicht.

Im Speziellen zu erwähnen ist das Projekt der Erarbeitung einer Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) im Zusammenhang mit der Umsetzung der NFA, die einen weiteren Meilenstein im Bereich der institutionellen interkantonalen Zusammenarbeit darstellen wird. Daneben laufen Bestrebungen bei der ZRK, das Controlling bei interkantonalen Projekten aufzubauen.

Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden

Die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden wird als partnerschaftlicher Prozess betrachtet. Die Kontakte sind gegeben über konkrete Projekte oder aber über zwingende gesetzliche Bestimmungen. Für das Jahr 2006 sind in diesem Zusammenhang besonders das neue Bildungs-, Feuerschutz- und Steuergesetz sowie die Überarbeitung der Richtplanung zu erwähnen.

222 Eigene Staats- und Verwaltungsorganisation

Finanzielle Ressourcen

Bei den kantonalen Finanzen und den finanziellen Interaktionen und Interdependenzen zum Bund sind zwei grosse Trends zu erkennen. Neben ausserordentlichen Mehreinnahmen können nachhaltige Mindererträge prognostiziert werden. Die Mehrerträge bestehen zum ganz grossen Teil aus der Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven an die Kantone (für Obwalden 2005 insgesamt 134 Millionen Franken). Hier stellt sich seitens des Kantons die politische Frage nach der nachhaltigen Verwendung. Hinzu kommen die zusätzlichen Beiträge aus der NFA (für Obwalden ab 2008 plus 3 Millionen Franken), bedingt durch den Härteausgleich, und langfristig Mehreinnahmen aus der Umsetzung der Steuerstrategie.

Die allzu positive Budgetierung des Bundes bei der Direkten Bundessteuer (von 2004 bis 2008 budgetierter Zuwachs von einem Drittel) wird für die Kantone indirekt Probleme auslösen, weil beim Bund dadurch wahrscheinlich neue Entlastungsprogramme nötig werden. Weiter gilt es die Abstimmung 2006 über die Verwendung der Reingewinne der Schweiz. Nationalbank (KOSA-Initiative) abzuwarten. Auch hier könnten Mindereinnahmen die Folge sein.

Es sind überdies geringere Einnahmen auf Grund der Neuen Regionalpolitik des Bundes und aus absehbaren finanzpolitischen Projekten des Bundes (Bsp. "neues Steuerpaket" mit Neuregelung der Familienbesteuerung, Unternehmenssteuerreform II). Ab dem Jahr 2006 relevant sind aus rein kantonalen Sicht die Ausfälle im Zusammenhang mit der Umsetzung der Steuerstrategie.

Personelle Ressourcen

Die Vorgabe der Plafonierung des Personalaufwandes auf 45 Millionen Franken (vorerst bis ins Jahr 2007) konnte bisher erfolgreich umgesetzt werden. Auf Grund der Zunahme des Umfangs der Leistungsaufträge, im Besonderen im Schulbereich (u.a. Brückenangebote), kann dieser Plafond für das Jahr 2006 nicht mehr eingehalten werden.

Weiter ist der Trend ungebrochen, dass das Staatswesen – sowohl national als auch kanton – immer wieder mit zusätzlichen Aufgaben betraut wird. So beispielweise bei der Umsetzung der NFA auf Ebene Kanton oder bei der Umsetzung der Entwicklungsprojekte im Rahmen der kantonalen Richtplanung, des Kantonsmarketings und der Steuerstrategie.

Behörden- und Verwaltungsorganisation

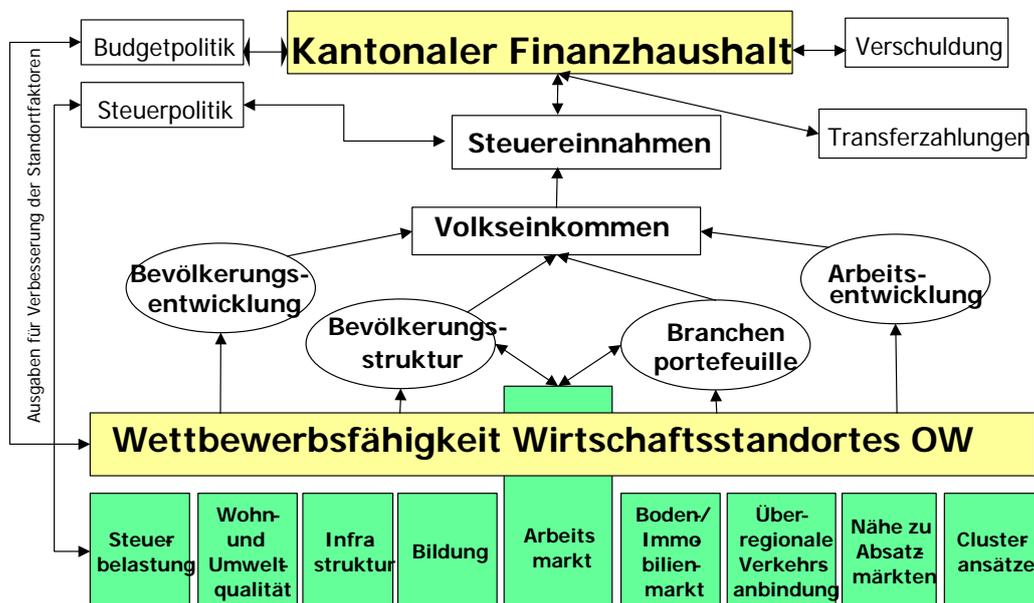
Der Konzeption des Projekts Neue Verwaltungsführung Obwalden wurde durch den Kantonsrat zugestimmt. Nun gilt es die Detailprojekte (Projekte Neuformulierung Amtsdauerplanung 2007 bis 2010, Leistungs- und Kostendefinition [Globalbudgetierung] und Implementation Personalleitbild / Entwicklung Personalpolitik) umzusetzen.

Die Verwaltungsreform ‚Fünf Departemente‘ Phase II ist mit der Umsetzung der Reorganisation von Volkswirtschaftsdepartement sowie Bau und Raumentwicklungsdepartement sowie einer Überprüfung des Handlungsbedarfs und der Handlungsmöglichkeiten zur Entlastung des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements, welche zur Zeit zu keinen departementsübergreifenden Bereichsverlagerungen führte, abgeschlossen. Die an Effektivitäts- und Effizienzkriterien ausgerichtete stete Organisationsentwicklung soll vorab im Zusammenhang mit neuen Aufgabenbereichen oder umfassenden Aufgabenveränderungen (durch Gesetzesanpassungen) bzw. der Weiterentwicklung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung NOW (durch Leistungsaufträge) weitergeführt werden.

223 Zielvorgaben und Eckwerte zum rollenden Finanzplan

Anlässlich der Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 bzw. der Strategie 2012+ des Regierungsrates vom Dezember 2002 wurde die Zurückgewinnung des finanzpolitischen Handlungsspielraums als vorrangiges Ziel definiert. Die Idee dahinter ist, dass nur wenn der finanzpolitische Handlungsspielraum über eine Optimierung des staatlichen Ertragspotenzials und eine zurückhaltende, gezielte Ausgabenpolitik ausgeweitet und sinnvoll umgesetzt werde, könne Obwalden als eigenständiger Kanton auch auf längere Sicht bestehen.

Um zu verstehen, was der Regierungsrat unter finanzpolitischem Handlungsspielraum versteht, ist auf die in der Strategie- und Amtsdauerplanung bereits aufgezeigten Zusammenhänge des kantonalen Finanzhaushaltes und der Wettbewerbsfähigkeit eines Kantons (Standort) hinzuweisen:



Umfassend finanzpolitisch handlungsfähig ist der Kanton dann, wenn er für die oben erwähnten Politikfelder, über genügend öffentliche Mittel verfügt, um die erforderlichen Aufgaben nachhaltig erfüllen zu können. In der Realität sind die öffentlichen Mittel knapp, weshalb eine politische Prioritätensetzung vorgenommen werden muss.

Dies hat durch den Regierungsrat zu erfolgen, indem er sein Handeln in einem Regierungsprogramm nach Zielen gliedert und diese Ziele gegeneinander abwägt und priorisiert. So betrachtet heisst für den Kanton Obwalden finanzpolitisch handlungsfähig zu sein, über genügend öffentliche Mittel zu verfügen, damit die Ziele gemäss Regierungsprogramm (Strategie 2012+) erreicht werden können.

Umgekehrt kann gesagt werden, dass ein öffentliches Wesen politisch handlungsunfähig ist, wenn es die Strategieziele mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr erreichen kann. Logischerweise müsste nun die Zielsetzung angepasst (Vollzug von weniger Aufgaben) oder die Menge der öffentlichen Mittel erhöht (Steuererhöhung) werden. Oder aber man nivelliert die Standards der Ziele gegen unten (Leistungsabbau). Das sind drei Möglichkeiten, um konkret finanzpolitischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen.

Dank der ausserordentlichen Goldreservenausschüttung durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) wurde der finanzpolitische Handlungsspielraum zurückgewonnen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts soll gezielt verbessert werden. Der Regierungsrat verfolgt folgende Politik:

Politik zum finanzpolitischen Handlungsspielraum

- die Laufende Rechnung ist ausgeglichen (keine Konsumausgaben durch Verschuldung);
- die getätigten Investitionen über die Amtsperioden sind eigen finanziert (Eigenfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent);
- das Eigenkapital, das dank der Ausschüttung der SNB-Goldreserven aufgebaut wurde, soll in seiner Substanz erhalten bleiben.

An der bereits in den Vorjahren festgelegten strategischen Zielsetzung einer nachhaltigen Finanzpolitik wird auch für das Jahr 2006 festgehalten, d.h. **die Laufende Rechnung ist grundsätzlich ausgeglichen zu gestalten und die Investitionen sind über die Amtsperiode eigenfinanziert.** Für 2006 bleiben die nicht im IAFP 2005 bis 2008 enthaltenen Auswirkungen der Steuerstrategie vorbehalten.

Die übrigen Steuerungsparameter der Laufenden Rechnung 2006 sind:

Personalaufwand	46,3 Millionen Franken unter Berücksichtigung der zusätzlichen [+] und wegfallenden Aufgaben [./.] gegenüber dem bestehenden Leistungsauftrag 2005.
Steuern	Zuwachs von jährlich 2,5 Prozent; Nachfakturierungen im Verhältnis zu den provisorischen Steuerrechnungen von 90 zu 10. Auswirkung der Umsetzung der Steuerstrategie gemäss gesonderter Botschaft des Regierungsrates vom 5. Juli 2005
Gebühren	Zuwachs gemäss erwartetem Bevölkerungswachstum von 0,5 Prozent
Übrige Aufwand- und Ertragsarten	nach nachgeführten Projekten/Leistungsaufträgen der Departemente gemäss IAFP

Finanzkraft	Weiterhin 30 Punkte bis zur Einführung der NFA
Einführung NFA	ab 2008 gemäss Regierungsratsbeschluss vom 10. August 2004 (Nr. 37)
Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe 2005	Sie werden mit einem gesonderten Nachtrag zum vorliegenden Staatsvoranschlag 2006 berücksichtigt

23 Ergebnis des rollenden Finanzplans

Für die Planjahre 2006 bis 2009 ergeben sich folgende Eckwerte:

in 1'000 Fr.:	Voranschlag 2006	Finanzplan		
		2007	2008	2009
Laufende Rechnung (LR):				
Aufwand	257'568	262'364	264'552	267'827
Ertrag	258'603	262'350	265'962	269'001
Ordentliches Ergebnis	1'035	-14	1'410	1'174
Investitionsrechnung (IR):				
Ausgaben	58'191	67'537	91'740	72'155
Einnahmen	34'960	49'920	58'997	59'187
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	23'231	17'617	32'743	12'968
Darlehen in Investitionsrechnung	-211			
Zunahme Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	23'442	17'617	32'743	12'968
Finanzierung:				
Zunahme der Nettoinvestitionen	23'442	17'617	32'743	12'968
Abzüglich Abschreibungen	12'883	14'362	15'884	18'652
Ergebniss Laufende Rechnung	1'035	-14	1'410	1'174
Finanzierungsergebnis (ohne Darlehen)	-9'524	-3'269	-15'449	6'858
Selbstfinanzierungsgrad	59.4%	81.4%	52.8%	152.9%

1) Kantonsanteil an zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung ("Goldvermögen")

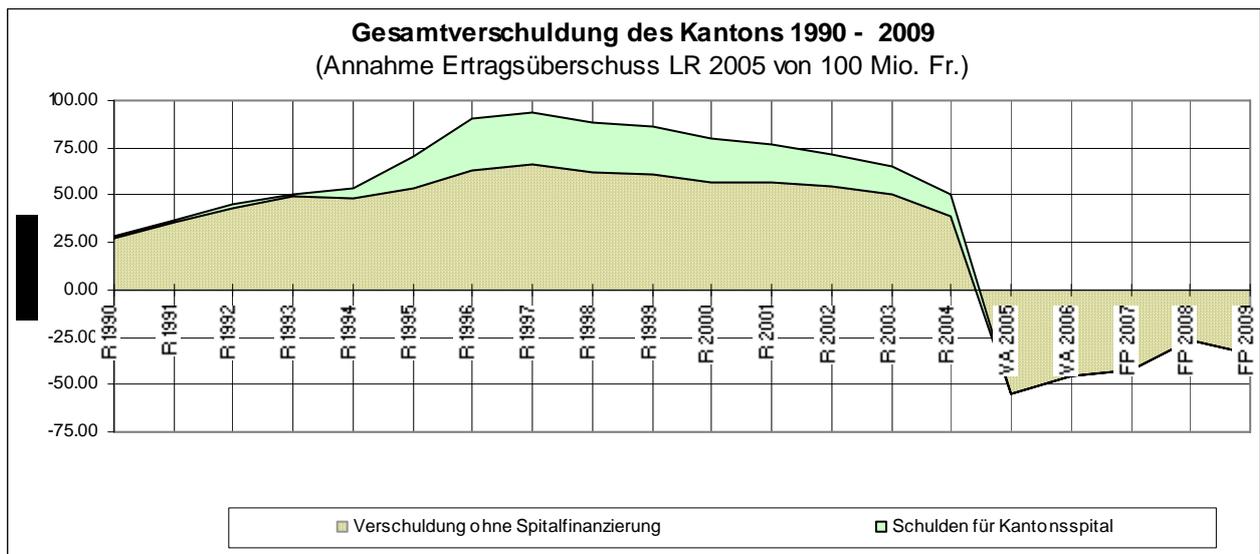
- 400 Mio. Franken in 2005 (bei Finankraftindex 30 Punkte)
- 500 Mio. Franken in 2006 (bei Finankraftindex 35 Punkte)

2) Ausserordentliche Abschreibungen aus zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung

Aus heutiger Sicht und unter Ausklammerung der Auswirkungen der Schäden der Hochwasserkatastrophe 2005 kann die Laufende Rechnung auch in den kommenden Jahren ausgeglichen gehalten werden.

Durch die anstehenden Hochbauprojekte werden die Nettoinvestitionen um einiges höher ausfallen als in den vergangenen Jahren. Der Selbstfinanzierungsgrad wird deshalb in den nächsten drei Jahren unter einhundert Prozent liegen. Die angestrebte Eigenfinanzierung von 100 Prozent über eine Periode von fünf Jahren kann in Anbetracht des 2004 erreichten Finanzierungsergebnis von 16,5 Millionen Franken aber dennoch erreicht werden.

Durch die 2005 erfolgte, einmalige Ausschüttung der zurückbehaltenen Nationalbankgewinne wird der Kanton einen Ertragsüberschuss von über 100 Millionen Franken ausweisen können. Diese Auszahlung hat eine entsprechende Auswirkung auf die Gesamtverschuldung des Kantons. Die Verschuldung wird vollständig abgetragen sein und neu ein Gesamtvermögen ausgewiesen werden können.



24 Bericht zur integrierten Aufgaben- und Finanzplanung nach Departementen und Ämtern

Im nachfolgenden Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) werden einerseits für 2006 die Schwerpunkte sowohl zu den Leistungsaufträgen (mit Begründung der erheblichen Ausgaben der Laufenden Rechnung) als auch die wichtigsten Projekte aufgezeigt. Die Personalaufwendungen, Kontengruppe 301/302, werden nicht gesondert dargestellt. Über die Entwicklung der Lohnsumme wird gesamthaft entschieden (vgl. Personalamt Kto. 2200.301.80 und 302.80). Andererseits gibt die rollend weitergeführte Mittelfristplanung Auskunft über die voraussichtliche Weiterentwicklung der Aufgaben/Projekte und Finanzen in den Jahren 2007 bis 2009. Diese hat aber nicht die Verbindlichkeit eines Mehrjahresbudgets. Die Projekte bedürfen im Einzelfall noch der Zustimmung der zuständigen politischen Behörden sowie der jeweiligen Konkretisierung in den kommenden Staatsvoranschlägen. Die noch nicht beschlossenen Projekte werden in der Planung *kursiv* dargestellt.

Bei den nachfolgenden Projekten wird unter anderem der Bezug zur Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 dargestellt. Dabei wird erstmals je Departement eine Zusammenfassung der wichtigsten Ziele 2006 auf Departementsstufe vorangestellt. Die Ziele der Amtsdauerplanung werden zum Vergleich mit dem Ausgangspunkt als Anhang beigefügt; diese sind ebenso im Bericht Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 der Staatskanzlei von Dezember 2002 zu finden.

Auch in diesem Kapitel bleiben die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe 2005 vorderhand ausgeklammert. Sie werden mit einem gesonderten Nachtrag zum Staatsvoranschlag 2006 berücksichtigt.

24.1 RÄTE/STAATSKANZLEI

Allgemeine Jahresziele 2006

Ziel Nr.	Ziele und Massnahmen Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 – Jahresziele 2006 (neue Ziele = <i>kursiv</i>)	Bezug Leitidee und Gewichtung	Bemerkungen
1	Parlamentsreform: Struktur und parlamentarische Instrumente sind zeitgemäss erneuert.	13	
	– Die Parlamentsreform wird umgesetzt.	B	Vorbereitung und Umsetzung der neuen Kantonsratsgesetzgebung vom 21. April 2005 auf Beginn der neuen Amtsdauer 2006-2010
2	Regierungsreform und Verwaltungsreform fünf Departemente	13	
	– Die inhaltlichen Schwerpunkte der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 zur Strategie 2012+ sind erarbeitet – Die Instrumente im Bereich strategische Planung sind qualitativ fortentwickelt – Ein strategisches Controlling ist eingeführt	A	Vgl. Projekt strategische Steuerung gemäss RRB vom 8. März 2005
3	Die regionale Zusammenarbeit im Rahmen der ZRK wird namentlich bei folgenden auf eine vorteilhafte Vernetzung ausgerichteten Projekten mitgetragen (Übersicht):	15	* Gewichtung und zeitliche Einordnung werden bei den zuständigen Departementen angegeben
	– Der Beitritt zum Konkordat Zentralschweizer Polizeizusammenarbeit XXI ist gewährleistet (SGD)	*	
	– Der Lastenausgleich Kultureinrichtungen im NFA ist vorbereitet (FD/BKD)	*	
	– weitere siehe Departemente	*	
	Die interkantonale Zusammenarbeit mit Nidwalden wird vor allem auf folgende dienstleistungs- und kostenoptimierte Projekte ausgerichtet (Übersicht):	15	* Gewichtung und zeitliche Einordnung werden bei den zuständigen Departementen angegeben
	– Die operative Zusammen der Kantonsspitäler ist weiter optimiert	*	siehe SGD
	– weitere siehe Departemente		

Hauptaufgaben

Die Hauptaufgaben des Kantonsrates sind die Gesetzgebung, Wahlen und die Oberaufsicht. Im Bereich der Gesetzgebung berät der Kantonsrat vorab Verfassungsänderungen, den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Gesetzen und Verordnungen sowie den Abschluss interkantonalen Vereinbarungen. Er ist auch zuständig für die Standesinitiative und Kantonsreferendum. Der Kantonsrat wählt Landammann, Landstatthalter und Landschreiber, einzelne Gerichtsbehörden, die Organe der öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie Kommissionen, Die Oberaufsicht über Regierung und Verwaltung sowie die Gerichtsbehörden übt er durch Behandlung der Rechenschaftsberichte aus. Im Weiteren ist der Kantonsrat zuständig für Kreditbeschlüsse von erheblicher finanzieller Tragweite, Staatsvoranschlag und Staatsrechnung sowie für die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern sowie Begnadigungen.

Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (GDB 101)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	352	306	411			
Ertrag						
Nettoaufwand	352	306	411	411	411	412
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1000.300.00	Umsetzung der Parlamentsreform im Rahmen der Kommissionstätigkeit	210		297	
1000.365.10	Neu Fraktionsentschädigung für ein halbes Jahr	0		13	

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
1000. 318.60	1	Parlamentsreform: Die Reform wird ab Amtsdauerbeginn 2006 umgesetzt	13 B		

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
1000. 300.00	1	Die Parlamentsreform ist ab 2007 voll wirksam: Fraktionsentschädigung und angepasste Ratsdienste	13 B	2007	337	

12 Regierungsrat

Hauptaufgaben

Der Regierungsrat als oberste vollziehende Behörde des Kantons leitet, plant und koordiniert die Staats-tätigkeit, indem er laufend die Lage in Staat und Gesellschaft beurteilt, die grundlegenden Ziele staatli-chen Handelns umschreibt und die Mittel und Organisation dafür bestimmt sowie den Kanton nach innen und aussen vertritt. Er leitet und steuert die kantonale Verwaltung und stellt die Wirksamkeit und Wirt-schaftlichkeit der Aufgabenerfüllung sicher. Der Regierungsrat beteiligt sich durch die Vorbereitung der Gesetze und Verordnungen sowie den Erlass von Ausführungsbestimmungen an der Gesetzgebung so-wie in verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten an der erstinstanzlichen Rechtsprechung.

Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (GDB 101)
Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'655	1'677	1'716			
Ertrag	65	38	51			
Nettoaufwand	1'590	1'639	1'665	1'666	1'667	1'669
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
1200. 307.00	Besoldungsnachgenuss für ehemalige Regie-rungsmitglieder gemäss altrechtlicher Regelung	338		352	
317.00	Spesenpauschale gemäss Besoldungsgesetz	75		77	
318.40	Staatsempfänge Regierungsbesuche, Feierlich-keiten, innerkantonale Behördenanlässe	38		38	
436.50	Vergütung VR-Honorare		38		51

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
		Projekte siehe bei federführenden Departementen			

14 Staatskanzlei

Leistungsauftrag

Die Staatskanzlei wirkt als **Stabsstelle** des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Geschäftsordnung für den Kantonsrat (GDB 132.11)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

Publikationsgesetz (GDB 131.1)

Ausführungsbestimmungen über das Ausstellen der Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (GDB 113.122)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'876	1'877	1'946			
Ertrag	1'155	1'207	1'148			
Nettoaufwand	721	670	798	796	793	789
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1400. 363.00	Stab und Information Betriebskostenanteil neues Content-Management-System/Internetauftritt des Kantons aus Dienstleistungsvertrag mit dem ILZ Fr. 34 000.–	69		58	

1420. 363.00 431.00	Sekretariat Regierungsrat und Kantonsrat Informatikaufwand ILZ Ausschöpfung Gebührenrahmen gemäss neuer Gebührengesetzgebung (Entscheidgebühren Re- gierungsrat samt Gebühr Swisslos, Beglaubig- ungsgebühren)	50	110	65	110
1422. 310.20 310.50	Amtsblatt/Passbüro Bundesanteil Ausweiskosten (Pass + IDK) Druckkosten Amtsblatt, unter Berücksichtigung des neuerhandelten Vertrags	150 510		160 546	
318.10 435.30	Amtsblatt Zustellgebühren (mit 10 Grossauflagen) Gebühreneinnahmen Amtsblatt, abhängig von amtlichen Publikationen und Inseraten	75	500	73	430
431.00 435.40	Gebühreneinnahmen Ausweise Abonnementseinnahmen Amtsblatt bei gehaltener Auflage		260 330		280 321

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2006 – 2008 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
1400/1420	<i>Die Umsetzung der Parlamentsreform ist gewährleistet</i>			

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
1400. 363.00 363.00/ 363.02	2	Stab und Information Der kantonale Internetauftritt ist gemäss e-Government- Strategie weiterentwickelt Das Informationsportal www.ch.ch („Guichet virtuel“) ist gemäss der Vereinbarung mit dem Bund ausgebaut; die Nachfolgevereinbarung ist abgeschlossen	13 B 13 B	69	
1420. 318.60	1	Sekretariat Regierungsrat und Kantonsrat Die Umsetzung der Parlamentsreform ist unterstützt	13 B	26	
1422		Amtsblatt/Passbüro Die Einführung des Schweizer Passes mit biometrischen Daten (auf 1. September 2006) ist vorbereitet			

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
1400. 363.00	2	Der kantonale Internetauftritt ist gemäss e-Government- Strategie weiterentwickelt (Fortsetzung)	13 B	2007 bis 2009	69	

16 Rechtsdienst

Leistungsauftrag

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist auch zuständig für kantonale Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsverordnung (GDB 133.11)
 Abstimmungsgesetzgebung (GDB 122.1 und 122.11)
 Publikationsgesetz (GDB 131.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	457	500	502			
Ertrag	1					
Nettoaufwand	456	500	502	506	510	514
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1600.310.50	Die eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen 2006 sind durchgeführt	43		37	
1600.310.50	Die Gesamterneuerungswahlen 2006 für Kantonsrat und Regierungsrat sind durchgeführt			36	

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
1600		Die gesetzgeberische Vorbereitung/Unterstützung im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit (OW/NW, ZRK) ist gewährleistet Die Projekte gemäss Gesetzgebungsprogramm sind gesetzestechnisch begleitet	15		
1600		Es liegt zuhanden des Regierungsrats der Entwurf eines neuen Feuerwehrgesetzes vor	7		
1600		Der Entwurf eines Mantelerlasses zur Umsetzung der NFA liegt vor	17		
1600		Der verwaltungsrechtliche Grundkurs 2006 garantiert die Qualität der Verwaltungsarbeit	13		

17 Staatsarchiv

Leistungsauftrag

Das Staatsarchiv übernimmt, erschliesst und sichert das archivistische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen der Archivverordnung sind die Bestände kantonalen Behörden, der Verwaltung, Forschung und der interessierten Bevölkerung zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung über das Staatsarchiv (GDB 131.21)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	559	563	569			
Ertrag		5	3			
Nettoaufwand	559	558	566	569	573	577
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1700	Die Entgegennahme und Bearbeitung der Ablieferungen wird vorrangig durchgeführt				
1700. 318.60	Die Bestandessicherung ist auf die Mikroverfilmung der Regierungsrats- und Kantonsratsprotokolle sowie dringendste Restaurationen eingeschränkt	21		21	
363.00	Informatikaufwand ILZ	75		81	

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
6150		Die Planung für die Archiv-Raumbeschaffung; Raumbedarf und Anforderungen an den Bau ist - soweit am Archiv – unterstützt und erstellt	13 C	50	
1700		Die Archivierung digitaler Daten ist im Rahmen der Planungsschritte der interkantonalen Zusammenarbeit vorbereitet			

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
1700. 301.00		Die Archivierung digitaler Daten ist im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit vorbereitet		ab 2007	60	

18 Finanzkontrolle

Leistungsauftrag

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts und nach anerkannten Revisionsgrundsätzen. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht über die Verwaltung und die Gerichtsverwaltung und den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Gesetzliche Grundlagen

Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11)
 Finanzausgleichsverordnung (GDB 630.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	197	218	221			
Ertrag	46	46	47			
Nettoaufwand	151	172	174	176	177	178
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1800. 318.60 438.00	Beizug von Fachexperten für Revisionen gemäss Art. 52 FHV Aufsicht über den Bau und Unterhalt der Nationalstrasse	20	28	20	29

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
1800		Die Anpassung der kommissionsinternen Organisation der GRPK gemäss der Parlamentsreform ab Beginn der Amtsdauer 2006 wird im Rahmen der Sekretariatstätigkeit unterstützt	13 B		

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
1800		Die Aufgaben der Finanzkontrolle sind überprüft und die Rechtsgrundlagen angepasst	13	2007		

24.2 FINANZDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2006

Ziel Nr.	Ziele und Massnahmen Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 – Jahresziele 2006 (neue Ziele = <i>kursiv</i>)	Bezug Leitidee und Gewichtung	Bemerkungen
5	Die ganzheitliche Personalpolitik ist integrierender Bestandteil der wirkungsorientierten Verwaltungsführung.	13	
	– <i>Das kantonale Personalrecht ist nach den Vorgaben des Personalleitbilds und der Personalpolitik revidiert.</i>	B	Ziel: Inkraftsetzung auf 1. Juli 2006
6	Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung wird als dauernder Optimierungsprozess weiter entwickelt.	13	
	– <i>Das Projekt NOW / Operative Steuerung ist weiterentwickelt.</i>	B	Pilotamtsstellen sind eingesetzt und die WOV-Instrumente in Anwendung.
	– <i>Ein Wirkungsbericht zur Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden ist erstellt.</i>	C	
7	Die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik ist verbessert.	17 + 16	
	– <i>Die Umsetzung der NFA im Kanton und in den Gemeinden ist vorbereitet (eingeleitet und organisiert).</i>	B	Arbeiten gemäss Projektgruppe
	– <i>Die gesetzliche Verankerung einer Ausgabenbremse ist implementiert.</i>	A	Umsetzung Motionsauftrag (52.05.01)
7a	Die Vergabe der Lotteriegelder erfolgt transparent und nach einheitlichen Kriterien.	17	
	– <i>Die Interkantonale Vereinbarung (IKV) Lotterien und Wetten ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.</i>	B	Voraussetzung ist, dass alle Kantone der harmonisierten IKV bis Ende 2005 beitreten.

8	Die steuerliche Konkurrenzfähigkeit wird verbessert.	16	
	– Anpassung an die Bundessteuerreform (Ehepaar- und Familienbesteuerung, Unternehmensbesteuerung, weitere Steuerharmonisierung)	B	steht in Abhängigkeit zur Bundesgesetzgebung; im Bereich StHG sind die Anpassungen im Rahmen der StG-Revision erfolgt.
	– <i>Die Steuerstrategie wird umgesetzt.</i>	A	<i>siehe auch Kantonsmarketing und Raumentwicklungskonzept (ROK)</i>
9	Für die Informatik ist eine neues Leitbild und eine neue Strategie entwickelt.	13	Projekte sind erfolgt und abgeschlossen.

20 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Der Departementssekretär ist einerseits Sekretär des Finanzdepartementes, andererseits ist er verantwortlich für das Reformprojekt Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW). Das Departementssekretariat ist weiter zuständig für die Lotterien.

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Verwaltungsverordnung (GDB 133.21)

Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11)

Personalverordnung (GDB 141.11)

Verordnung über Lotterien, gewerbsmässige Wetten und Spiele (GDB 975.31)

Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien und Wetten (GDB 975.4)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	430	438	278			
Ertrag	68	150				
Nettoaufwand	362	288	278	280	283	285
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
2000	Departementsdienste	255		278	

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
	6	Gesamtleitung Projekt NOW / Leitung Projekt Operative Steuerung	13 A	–	–
	7	Umsetzung Neuorganisation gem. neuer Interkantonaler Vereinbarung (IKV) Lotterien und Wetten	13 B		

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
	6	Projekt NOW / Operative Steuerung sind in Umsetzung	13 A	2006	–	–

22 Personalamt

Leistungsauftrag

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden der Departemente und des Regierungsrates fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 5 Personalverordnung (GDB 141.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	631	981	1'322			
Ertrag	98	43	84			
Nettoaufwand	533	938	1'238	1'246	1'254	1'262
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
2200.	Personalamt				
301.08	Leistungsprämien Verwaltung/Lehrerschaft 0,2 %			75	
301.80	Lohnsummenentwicklung Verwaltung: 1,8 %	237,1		447	
302.80	Lohnsummenentwicklung Lehrerschaft: 1,8 %	62,7		110	
309.03	Personalwerbung: Inserate Spesenersatz	100		70	
318.60	Rückerstattung Kosten an Nidwalden für Personalamtsleitung	120		110	

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
	5/6	Die Personalpolitik ist eingeführt; die gesetzlichen Grundlagen zuhanden Kantonsrat sind angepasst	13 A	2	
	5	Flexible Arbeitszeitmodelle sind erarbeitet	13 B		

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
	5	Ausführungsbestimmungen über die Arbeitszeit sind eingeführt	13 A	2007		
	5	Ausführungsbestimmungen über die Fort- und Weiterbildung sind erarbeitet	13 B	2007		
	6	Die Zeit- und Leistungserfassung ist projektiert	13 C	2008	130	

24 Finanzverwaltung

Leistungsauftrag

Die Finanzverwaltung erarbeitet Finanzplan und Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie (inkl. Verbuchung und Verteilung der Abschreibungen). Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (inkl. Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug (inkl. Budgetierung der Steuererträge), die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, die Feuerwehrrkasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Ebenfalls unter der Finanzverwaltung werden die Kantonsanteile an eidg. Abgaben und Erträgen (u.a. eidg. Finanzausgleich/Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleiches sowie allgemeine Kosten der Verwaltung budgetiert und verbucht.

Gesetzliche Grundlagen

Kernaufgaben im kantonalen Recht:
 Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
 Finanzausgleichsgesetz (GDB 630.1)
Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11)
 Personalverordnung (GDB 141.11)
 Gebührenverordnung (GDB 643.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	47'214	49'602	46'882			
Ertrag	143'173	141'998	147'747			
Nettoertrag	95'959	92'396	100'865	103'758	122'680	123'795
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	357	337	435			
Einnahmen	23					
Nettoinvestitionen	334	337	435	400	400	400

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
2400. 363.00	Finanzverwaltung: Informatikkosten ILZ	244		236	

2402. 310.20	Allg. Personal- + Verwaltungskosten: Beschaffung von Büromaterial durch die Büromaterialzentrale für die ganze Verwaltung (2005: 2400)	150		140	
318.50	Sach- und Haftpflichtversicherung Informatikkosten ILZ	90		105	
363.00	Verkäufe von Büromaterial durch die Büromaterialzentrale (2005: 2400)	100		100	
435.60	Leistungen der Kranken- und Unfallversicherung		160		140
436.00			320		347
2420. 318.30	Steuerbezug: Inkassokosten für Kantons-, Gemeinde- und direkte Bundessteuern	100		190	
363.00	Informatikkosten ILZ	31		66	
436.20	Rückerstattung Mahn- und Betreuungskosten		150		220
2440. 341.00	Finanzausgleich an Gemeinden: Kantonsbeitrag von 4,1 % der erwarteten Kantonssteuereingänge der Rechnung 2005 Ressourcenausgleich (bestehend)	2 400		2 450	
341.10	Lastenausgleich Schule (neu)			1 500	
480.00	Steuerstrategie-Ausgleich gemäss Botschaft Teilrevision Steuergesetz Entnahme Steuerstrategie-Ausgleich aus Spezialfinanzierung (Einlage in 2005)			6 000	6 000
2462. 331.00	Abschreibungen: Abschr.-Sätze Finanzhaushaltsverordnung Zusätzliche Abschreibung Nationalstrassen	9 450		9 273	
331.01	Sonderrechnung Kantonsspitalneubau	3 190		3 500	
331.02	Wärmeverbund: Nach Annuitätsberechnung	100		110	
332.00	Ausserordentliche Abschreibungen aus Sonderausschüttung Nationalbank	2 558			
2464. 321.00	Schuldzinsen: Konto-Korrentschulden/Kommissionen	210		50	
322.00	Darlehen: Verzinsung der mittel- und langfristigen Schulden	4 086		2 939	
329.00	Vergütungszinsen: Verzinsung Steuervorauszahlungen von Juni – November	180		180	
2466. 420.00	Vermögenserträge: Zinsen auf Konto-Korrentguthaben		150		300
421.00	Vergütungs- Verzugszinsen: Verzinsung Steuernachzahlungen ab November		180		180
422.00	Anlagen des Finanzvermögens: Zins- und Dividenderträge		781		1 497
426.00	Eigene Anstalten: Verzinsung Dotationskapitalien eigener Anstalten		1 103		1 103

2480.	Direkte Abgaben:				
380.00	Rücklage Vorfinanzierung Steuerstrategie	2 500			
400.00	Erwarteter Ertrag auf Grund von Hochrechnungen der Rechnungsstellung 2005				
	Staatssteuer, Natürliche Personen		54 672		57 730
	Investition Steuerstrategie				- 7 232
	Rückfluss aus Steuerstrategie				+ 700
401.00	Erwarteter Ertrag auf Grund von Hochrechnungen der Rechnungsstellung 2005				
	Staatssteuer, Juristische Personen		3 448		4 450
	Investition Steuerstrategie				- 2 500
	Rückfluss aus Steuerstrategie				200
403.00	Grundstückgewinnsteuer, Ø 5 Jahre		998		1 035
404.00	Handänderungssteuer, Ø 5 Jahre		1 248		1 302
405.00	Erbschafts- und Schenkungssteuer, Ø 5 Jahre		632		615
437.00	Steuerbussen		50		80
480.00	Entnahme Rücklage Finanzierung Steuerstrategie				3 500
2482.	Gebundene Abgaben:				
362.00	Anteil von 43 % der Gemeinden und Korporationen am Ertrag der Mineralölsteuer	2 407		2 070	
363.10	Abgeltung Verkehrssicherheitszentrum Ob/Nidwalden, Fr. 9.-/Nr.-Schild	299		269	
406.00	Motorfahrzeugsteuer: Erwarteter Zuwachs an Fahrzeugen von 2 %		7 752		7 956
406.01	Schiffssteuer: Erwarteter Zuwachs an eingelösten Schiffen		295		300
460.00	Bundesbeitrag Schadenwehr		250		277
460.10	Mineralölsteuerertrag		5 238		4 558
460.20	LSVA		1 797		1 787
2484.	Anteile eidg. Abgaben und Erträge:				
440.00	Kantonsanteil (13 %) an dir. Bundessteuern		4 420		5 000
440.10	Finanzausgleich (Horizontal)		20 243		21 760
440.20	Repartitionen		169		315
440.40	Eidg. Verrechnungs-/Sicherungssteuer Ø 5 Jahre		3 061		3 355
2486.	Reingewinnanteile OKB/EWO/SNB:				
341.00	Gemeindeanteile Reingewinn EWO	750		750	
380.00	Rücklage Finanzierung Steuerstrategie	1 500		1 500	
416.10	Anteile Schweiz. Nationalbank SNB;				
	– ordentliche Ausschüttung		15 990		15 945
	– Anteil Bewirtschaftung Goldreserven		2 558		–
426.00	Anteil Obw. Kantonalbank		4 026		4 022
426.10	Anteile Elektrizitätswerk Obwalden		1 500		1 500

2490.	Landeslotterie:				
365.20	Beitrag Hallenbad Obwalden	200		200	
365.21	Beitrag kulturelle Aufwändungen: geplanter Kultur-Event, Filmforderungs-Beitrag	62		60	
365.28	Beitrag an Klosterkirche Engelberg	200		200	
414.00	Anteil Landeslotterie/Zahlenlotto		1 000		1 100
480.00	Entnahme aus Fonds		220		116

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2006 – 2008 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
2440. 341.00	Finanzausgleich an Gemeinden: <i>Ressourcenausgleich: Entwicklung Ressourcen-</i> <i>ausgleich mit Steuerentwicklung (Auswirkungen</i> <i>Steuerstrategie)</i>	– 250	– 170	– 50
341.10	<i>Steuerstrategie-Ausgleichsentwicklung gemäss Botschaft</i>	– 500	– 500	– 500
480.00	<i>Entnahme Steuerstrategieausgleich aus Spezialfinanzierung</i>	– 500	– 500	– 500
2462. 331.00	Abschreibungen: Ordentliche Abschreibungen gemäss Abschreibungssatz FHV und geplanten Investitionen <i>Wegfall zusätzliche Abschreibungen Nationalstrassen</i>	+ 1 372	+ 3 404 – 3 500	+ 6 182 – 3 500
2464. 322.00	Schuldzinsen: Rückzahlung der Darlehen bei Fälligkeit	– 700	– 1 300	– 2 200
2480. 400.00	Direkte Abgaben: Staatssteuer, Natürliche Personen: Erwartete „normale“ Zunahme von jährlich 2 % Auswirkungen Steuerstrategie		2 000 1 500	3 000 3 500
401.00	Staatssteuer, Juristische Personen: Erwartete „normale“ Zunahme von jährlich 2 % Auswirkungen Steuerstrategie	1 000 500 60 500	120 1 000	180 2 000
2482. 460.20 460.10	Gebundene Abgaben: Anstieg Ertrag LSVA gemäss Angaben Bund <i>NFA – Wegfall Finanzkraftkomponente bei Kantonsanteile aus</i> <i>Mineralölsteuer</i>		150 – 3 100	150 – 3 100

2484. 440.00	Anteile eidg. Abgaben und Erträge: Kantonsanteil an dir. Bundessteuern: Erwartete Zunahme von jährlich 3 %	+ 150 + 1 500	+ 300	+ 450
440.10	Finanzausgleich - Entwicklung gemäss Schätzung Eidg. FV <i>NFA – Wegfall/Ersatz durch Ressourcenausgleich</i> <i>NFA – Neuer Ausgleichsmechanismus:</i>		- 23 260	- 23 260
440.11	<i>Ressourcenausgleich</i>		35 633	36 000
440.12	<i>Geographisch-Topographischer Lastenausgleich</i>		4 000	4 000
440.13	<i>Härteausgleich</i>		16 800	16 800
440.40	<i>NFA – Wegfall Finanzkraftkomponente Verrechnungssteuer</i>		- 2 500	- 2 500
2486. 416.10	Reingewinnanteile OKB/EWO/SNB: <i>NFA – Wegfall Finanzkraftkomponente Anteile Schweiz. Nationalbank SNB</i> Reduktion Ausschüttung SNB von 2,5 Mrd. Fr. auf 1,5 Mrd.		- 8 200	- 8 200
				- 3 200

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
2400	7	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes ist auf Kantons- ebene zur Umsetzung vorbereitet	17 B	-	-
2400/ Gerichte	7	Die Gebührenordnung für die Rechtspflege ist angepasst	13 B		

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausgaben	Einnahmen
2400	7	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes ist auf Kantons- ebene ist auf 1. Januar 2008 umgesetzt	17 B			

26 Steuerverwaltung

Leistungsauftrag

Die Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von den Unselbständigerwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbständigerwerbenden und den Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuer bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Die Kantonale Steuerverwaltung veranlagt zudem die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Kantonale Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung an. Auch der Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung und das Güterschätzungswesen ist organisatorisch bei der Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen, usw. bei der Steuerverwaltung an.

Gesetzliche Grundlagen

Steuergesetz vom 30.10.1994 (GDB 641.4)

VV zum Steuergesetz vom 18.11.1994 (GDB 641.41)

Diverse Ausführungsbestimmungen (GDB 641.411 bis 641.422) und Vereinbarungen (GDB 641.5 bis 641.54)

Grundpfand- und Schätzungsgesetz (GDB 213.7)

Verordnung über die amtliche Schätzung der Grundstücke und das Grundpfandrecht (GDB 213.71)

Ausführungsbestimmungen über das Schätzungsreglement (GDB 213.711)

Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (GDB 851.1)

Verordnung zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (GDB 851.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	5'058	5'262	5'344			
Ertrag	419	435	381			
Nettoaufwand	4'639	4'827	4'963	5'000	5'037	5'074
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
2600/2608	Abteilung Innere Dienste/Steuerrevisorat (Empfang, Telefon, Sekretariat, Infrastruktur, Verrechnungssteuer, Prämienverbilligung KV und Steuerrevisorat)	1 561	126	1 728	61
2620	Abteilung Unselbständigerwerbende (Veranlagung unselbständigerwerbende Steuerpflichtige)	1 121		1 069	
2630	Abteilung Selbständig- und Unselbständigerwerbende (Veranlagung selbständig-/unselbständigerwerbende Steuerpflichtige)	966		942	
2640	Abteilung Juristische Personen (Veranlagung juristische Personen und Beteiligungsrechtsinhaber)	443		443	
2650	Abteilung Sondersteuern (Veranlagung der Sonder- und Quellensteuern)	465		468	
2655	Grundstückschätzungen	546	135	516	145
2680	Prämienverbilligung KV	161	175	178	175

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
2600	8	Umsetzung der Steuerstrategie ist eingeleitet (in Verbindung mit dem Raumordnungskonzept und dem Kantonsmarketing)	16 A		
2600		Das Steuerrevisorat ist eingeführt		145	
2655		Das Schätzungs- und Grundpfandgesetz ist revidiert und implementiert			
2655		Schaffung Schnittstelle zu Terris: Datenfluss zw. Schätzungssekretariat und Grundbuch ist sichergestellt		20	
2680		Evaluation und Neubeschaffung neuer Software Umsetzung allfälliger Änderungen KVG (Befreiung Kinder von Prämienzahlungspflicht)		100	

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
2600. 363.00	7	Das elektronische Archiv und die automatische Veranla- gung stehen in Funktion	16/17	2007	65	

24.3 SICHERHEITS- UND GESUNDHEITSDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2006

Ziel Nr.	Ziele und Massnahmen Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 – Jahresziele 2006 (neue Ziele = <i>kursiv</i>)	Bezug Leitidee und Gewichtung	Bemerkungen
10	Die polizeiliche und untersuchungsrichterliche Leistungskapazität im Kanton wird angepasst.	7	
	– <i>Der Grundauftrag und die Organisation der Kantonspolizei sind überprüft.</i>	C	<i>Auftrag gemäss RRB vom 7. Dezember 2004 (Nr. 271)</i>
11	Die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz insbesondere zur Spezialversorgung wird verstärkt.	7	
	– Schaffung von Kompetenzzentren im Rahmen des Zentralschweizer Polizeikonkordates als Pilotprojekt Polizei XXI.	A	Das Projekt läuft. Zur Zeit sind verschiedene Teilprojekte in Abklärung.
14	Der Bevölkerungsschutz ist nach dem Leitbild des Bundes im Kanton neu organisiert.		
	<i>Die Feuerschutzgesetzgebung ist überprüft.</i>		<i>Neuer Auftrag gemäss erheblich erklärter Motion vom 12. März 2004</i>
15	Die spitalmässige Grundversorgung und die Notfallversorgung für die Bevölkerung werden durch das gemeinsame Kantonsspital Obwalden/Nidwalden sichergestellt.	5	
	– Die angepasste Zielsetzung richtet sich nach den politischen Vorentscheiden von Kantonsrat und Bevölkerung.	A	Am 11. Dezember 2005 wird über das Volksbegehren „zur Erhaltung des Kantonsspitals am Standort Sarnen“ und den Gegenvorschlag des Kantonsrates abgestimmt.

16	Für die erweiterte medizinische Grund- und Spezialversorgung bestehen bedarfsgerechte Leistungsaufträge.	5	
	– Überarbeitung der Spitalliste gemäss KVG	C	Revision KVG betreffend Spitalfinanzierung ist nach wie vor pendent.
17	Die Psychiatrieversorgung ist in regionalem Rahmen verankert.	5	
	– Das Psychiatrieangebot von Obwalden/Nidwalden ist auf das Gesamtangebot in der Region mit Luzern abgestimmt.	C	Wird im Rahmen der Spitalregion LU-OW-NW geprüft.
18	Bedarf und Entwicklung der Heim- und ambulanten Pflege sind ermittelt.	5	
	– Leistungsauftrag und Finanzierungsregelung für die Spitex sind erneuert.	C	Mit Bezug auf NFA
19	Die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung ist an das geänderte KVG angepasst.	5	
	– Änderung des kantonalen EG zum KVG	C	
20	Die kantonale Gesundheitsgesetzgebung und Gesundheitsprävention sind an die Entwicklungen im Bund angepasst.	5	
	– Die Vorschriften über die Berufe in der Gesundheitspflege entsprechen den bilateralen Abkommen.		
	– Die Heilmittelverordnung trägt der neuen Bundesgesetzgebung Rechnung.	C	
21	Der Veterinärdienst der Urschweizer Kantone wird auf eine gemeinsame Grundlage gestellt.	5	Ist erfüllt.
22	Die Stärkung von Familien und Kindern sowie Personen in Notlagen erfolgt nach den Prioritäten des Sozialhilfeberichts und Integrationsberichts.	6	
	Eine Fachkommission Soziales ist eingesetzt.		Verschoben auf 2007
	Der Vorschlag einer regionalen Amtsvormundschaft liegt vor.		RR entscheidet bis Ende 2005

30 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementsekretariat unterstützt den Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin nach deren besonderen Anordnung insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 131)

Organisationsverordnung (GDB 433.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	310	295	309			
Ertrag	1					
Nettoaufwand	309	295	309	311	314	316
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
		Die Strassenverkehrs- und Schifffahrtsgesetzgebungen sind revidiert			

31 Justizverwaltung

Leistungsauftrag

Die Justizverwaltung ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht, Amtsnotariat und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Schutzaufsicht, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (Gemeindeaufsicht) (GDB 111)
 Bürgerrechtsgesetz (GDB 111.2.)
 Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
 Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Kantone Obwalden und Nidwalden zur Gleichstellung von Frau und Mann (GDB 121.11)
 Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB; GDB 210.1)
 Gesetz über die öffentliche Beurkundung (GDB 210.3)
 Gesetz über die Ausübung des Anwaltsberufes (GDB 134.4)
 Gesetz über den Erwerb und Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (GDB 111.2)
 Vollziehungsverordnung zum SchKG (GDB 250.11)
 Zivilstandsverordnung (GDB 211.11)
 Ausführungsbestimmungen über Miete und Pacht (GDB 220.411)
 Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug sowie die Schutzaufsicht (GDB 330.11)
 Steuergesetz (GDB 641.4)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
<i>Laufende Rechnung:</i>						
Aufwand	1'545	1'739	1'775			
Ertrag	916	1'024	935			
Nettoaufwand	629	715	840	842	845	847
<i>Investitionen:</i>						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3100. 431.00	Justizverwaltung Rückläufige Einnahmen mit der Gebührenänderung auf Grund der Bundesgesetzgebung		51		20
3112. 365.00	Zivilstandswesen Periodische Beitragsleistungen: Konferenzen	58		21	
3120. 318.10	Betreibungen Porti im Rahmen von Betreibungsverfahren; ein Grossteil der Dokumente ist eingeschrieben zuzu- stellen	68		70	
431.00	Gebühreneinnahmen		660		660
3122. 436.60	Konkurse Gebühreneinnahmen		140		100
3140. 351.00	Straf- und Massnahmenvollzug Kosten für Gefangene, die ihre Strafe in ausserkan- tonalen Anstalten zu verbüssen haben	200		200	
3142. 451.01	Gefängnis Vergütungen von Kantonen für Untersuchungsge- fangene		55		34

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
	10	Die kantonale Gesetzgebung mit Ausführungsbestim- mungen ist dem neuen Allgemeinen Teil des Strafge- setzbuches mit Inkrafttreten 1. Januar 2007 angepasst	7 C		
	–	Das neue Bundesgerichtsgesetz ist im Kanton eingeführt	13 C		
	(12)	Die kantonale Gesetzgebung ist an das neue Partner- schaftsgesetz angepasst	13 C		

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
	10	Einführung der eidgenössischen Strafprozessordnung: Verhöramt und Staatsanwaltschaft sind auf das neue Staatsanwaltsmodell umgestellt	7 C	2009		
	26	Die kantonale Bürgerrechtsgesetzgebung ist an die Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes angepasst	11 C	2008		

32 Kantonspolizei

Leistungsauftrag

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus und sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt. Es bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet.

Die zur Kantonspolizei zugehörige Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz umfasst die Bereiche Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Sie überwacht die Inspektions-, Schiess- sowie Dienstleistungspflicht der zugewiesenen Einheiten und erhebt den Wehrpflichtersatz. Sie ist für die Einsatzfähigkeit des Zivilschutzes verantwortlich. Sie überwacht die Feuerwehren, sorgt für eine gründliche Ausbildung der Spezialisten und Kader, sorgt auf Stufe Kanton für die Materialbeschaffung bezüglich Brandbekämpfung, Öl- und Chemiewehr sowie den Strahlenschutz.

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über die Kantonspolizei (GDB 510.1)
 Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei (GDB 510.11)
 Dienstreglement für das Polizeikorps (GDB 510.111)
 Gesetz über das kantonale Strafrecht (GDB 310.1)
 Verordnung über die Strafrechtspflege (Strafprozessordnung) (GDB 320.11)
 Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz (GDB 510.2)
 Beschlüsse Polizei XXI
 Vollziehungsverordnung über den Wehrpflichtersatz (GDB 530.41)
 Ausführungsbestimmungen über die Militärverwaltung (GDB 530.111)
 Bevölkerungsschutzgesetzgebung (GDB 540.1, 540.111)
 Ausführungsbestimmungen über den Kantonalen Führungsstab (GDB 540.112)
 Zivilschutzgesetzgebung (GDB 543.1, 543.111)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	9'439	9'722	10'035			
Ertrag	8'794	9'093	7'092			
Nettoaufwand	645	629	2'943	3'305	3'237	3'274
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	126	1'060				
Einnahmen	12					
Nettoinvestitionen	114	1'060		500	1'750	
davon Auswirkungen NFA						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
32xx 363.00 434.20	Informatikkosten Alarmanlagen: Beiträge gemäss Erfahrungszahlen	444	35	449	90
3200. 434.10	Kommando Arbeiten für Dritte		59		45
3201. 311.40 317.00 434.10 437.00	Verkehrs- und Sicherheitspolizei Fahrzeuge, Geräte, Apparate Spesenentschädigungen Arbeiten für Dritte Ertrag aus Busseneinnahmen; Zunahme Ge- schwindigkeitsmessungen (neue Fixstationen)	43 69	352 1 700	90 66	440 1 950
3202. 434.10	Kriminalpolizei Arbeiten für Dritte		176		122
3250. 315.90 351.00 351.01 363.00 439.00 451.00	Zivilschutz Umsetzung des kantonalen Zivilschutzes; Überfüh- rungskosten Zahlung an das Ausbildungszentrum Cham für Rekrutenschule, Wiederholungs- und Weiterbil- dungskurse Entschädigungen für Wiederholungskurse Informatikaufwand Fonds mit den Ersatzbeiträgen für die Umsetzung des kantonalen Zivilschutzes Zahlungen anderer Kantone für den Einsatz unse- rer kantonalen Instruktoeren im Ausbildungszentrum Cham	57 219 90 53	250 64	200 173 100 31	221 56
3251. 311.40 352.00 436.10 436.15	Schadenwehr Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten Entschädigung an Engelberg und Sarnen für Aus- bildung und Einsätze der Stützpunktfeuerwehren Div. Rückerstattungen Anteil aus der Feuerlöschkasse an die Personal- kosten	70 65	96	60 65	12 85
3256. 440.00	Wehrpflichtersatz Anteile an Bundeseinnahmen		80		80

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2006 – 2008 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
3200.309.00	Anteil IPH	70	70	70
3201. 306.00 311.40	Unterhalt fixe Geschwindigkeitsmessanlagen <i>Ordnungsdienst: Nachrüstung 1/3 des Pol Bestand</i> Ordnungsdienst: Beschaffung Transportfahr- zeug	50 30 75	50 0 0	50 0 0
3202.506.00	Swiss Police Index (gemäss Auftrag KKJPD)		100	
3200.506.01	<i>Funkanlage: Ersatz/Nachrüstung gemäss erweitertem Vorprojekt</i>	<i>offen</i>	<i>offen</i>	
3256.506.00	<i>Ersatz Alarmierungsanlage (SMT)</i>		800	
3250.316.00	Kosten für Mietobjekte Standort Task Force Zivilschutz	100	100	100

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
3200. 506.01	10/ 11	Anpassungen Polizeifunknetz Ersatz-Nachrüstung 2006-2007	7 C	250	
32xx		<i>Die Projekte Polizei XXI sind weiter geführt.</i>	7 A	50	
32xx		<i>Die Aufgaben und Organisationsanalyse der Kapo ist erfolgt.</i>	7 C	50	
3250. 315.90		Das kantonale Zivilschutzkonzept ist umgesetzt (Überführungskosten).	7 A	217	
3251		Die Totalrevision Feuerschutzgesetzgebung ist erfolgt.	7 A		
3251. 503.00		<i>Der Neu- oder Ausbau Stützpunktfeuerwehr ist durch einen Beitrag unterstützt</i>	7 C	350	

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
3200. 309.00	11	Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)	7 B	2007 ff.	70	
32xx	10/ 11	Anpassung Polizeifunknetz	7 C	2007 ff.	offen	
32xx	10	Anpassungen EZ und Einsatzsupportsystem	7 B	2007 ff.	100	
3201. 311.40	10	Ersatzbeschaffung Unfallpikettfahrzeug (Jhg. 98)	7 B	2008	110	

34 Gesundheitsamt

Leistungsauftrag

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die auf Grund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung und stellt die Koordination mit dem Laboratorium der Urkantone sicher, welches insbesondere die Vollzugsaufgaben in den Bereichen Lebensmittelgesetzgebung, Veterinärwesen, Giftgesetzgebung, Stoffverordnung sowie Gewässer- und Umweltanalytik erfüllt.

Gesetzliche Grundlagen

Gesundheitsgesetz (GDB 810.1)

Spitalverordnung (GDB 830.11)

Verordnung über die Berufe der Gesundheitspflege (GDB 811.11)

Einführungsgesetz und Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz (GDB 851.1)

Heilmittelgesetzgebung (GDB 814.21; GDB 814.11)

Vereinbarung über die Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention für die Kantone Obwalden und Nidwalden (GDB 810.12)

Schulgesundheitsverordnung (GDB 410.51)

Konkordat über das Laboratorium der Urkantone (GDB 816.2)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	43'613	45'759	44'051			
Ertrag	18'636	20'150	15'768			
Nettoaufwand	24'977	25'609	28'283	29'190	30'097	38'304
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	771	1'100	1'000			
Einnahmen						
Nettoausgaben	771	1'100	1'000	1'550	700	700

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3400. 318.63	Amtsleitung Versch. Arbeiten durch Dritte: – Weiterführung der Spitalplanung und Spital- versorgung: operative Zusammenarbeit KSO/ KSN und Zusammenarbeit KSO/KSN/KSL (50) – Schweizerische Impfstudie (6) – Vereinbarungen betr. KSD (NW, CARE)(5) – „Im Alter in OW leben“ (10)	55		56	
362.00	Konkordatsbeitrag an Laboratorium der Urkantone Bereich Kantonschemiker	411		423	
362.01	Konkordatsbeitrag an Laboratorium der Urkantone Bereich Veterinärdienst	179		179	
3406. 318.65	Schulgesundheitsdienst Zahnuntersuche bei den Schulkindern (Gutschein- system)	72		72	
3409. 318.60	Prämienverbilligung Krankenkassen (IPV) Durchführungskosten (Verwaltungskosten für die Durchführung der IPV)	175		175	
365.00	Kantonsbeitrag für die IPV (Anteil Kanton im Ver- hältnis zum Gesamtbeitrag des Bundes; abgestuft nach Finanzkraft)	1 256		1 334	
3410. 364.01	Gesundheitsförderung Obwalden/Nidwalden Jährliche Beiträge OW/NW für die Durchführung und Unterstützung von Projekten der Gesundheits- förderung u. Prävention	50		50	
461.00	Beitrag des Kantons Nidwalden an die Fachstelle gemäss Vereinbarung vom 3. April 2001		154		165
3420. 363.10	Kantonsspital Obwalden Globalkredit für das Kantonsspital; inkl. Auswirkun- gen Folgekosten Arbeitsgesetz (0.5 Mio.)	13 900		14 800	
380.00	Rückstellungen Folgekosten aus der Umsetzung des Arbeitsgesetzes	100		0	
451.00	Beitrag Kanton Nidwalden an Psychiatrie		50		50
3422. 361.00	Spitalversorgung Engelberg Behandlung von Engelberger Bevölkerung im Spital Stans (gemäss Vereinbarung Spitalabkommen Engelberg)	150		150	

3424. 364.00	Ausserkantonale Spitalbehandlungen Kosten für medizinischen notwendige ausserkantonale Spitalbehandlungen (stationär und ambulant)	7 800		8 200	
-----------------	---	-------	--	-------	--

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2006 – 2008 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
3420.363.10	Entwicklung Globalbudget Kantonsspital	+ 0	+ 0	+ 0
3420.363.10	Auswirkungen Folgekosten aus Umsetzung Arbeitsgesetz	+ 500	+ 500	+ 500
3420 506.00	Investitionspauschale für Apparate/Maschinen	+ 700	+ 700	+ 700
3400.562	<i>Baubeiträge für 13 Betten im Rahmen der bestehenden Bettenplanung für die Alters- und Pflegeheime</i>	+ 850 (IR)		
3424.364.00	Ausserkantonale Hospitalisationen	+ 400	+ 600	+ 800
3400.364.00	<i>NFA: Beiträge für die Förderung der Alters- und Behindertenhilfe, insb. Spitex</i>		+ 650	+ 650
3409.365.00	<i>NFA: Teilweise Übernahme der wegfallenden Finanzkraftzuschläge auf bisherigen Bundesbeiträgen bei Prämienverbilligung</i>		+ 8 700	+ 8 700

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
3420. 506.00	15	Kantonsspital Investitionspauschale	5 B	1 000	
3400. 318.63	15/ 16	Kantonsspital Operative Zusammenarbeit OW/NW: Vereinbarung zw. beiden Regierungen Zusammenarbeit LU-OW-NW: Vereinbarung zw. den Regierungen	5 A	50	
3420	17	<i>Psychiatrie Obwalden/Nidwalden Revision der Vereinbarung OW/NW betr. Erweiterung der PONS im 4. Stock (Erweiterung von 17 auf 25 stationäre Betten) (Investition unter Hochbau 6173)</i>	5 B	700	
3400. 311.10 318.63 366.00	14	<i>Koordinierter Sanitätsdienst Umsetzung des neuen Gesetzes/Verordnung KSD: – Überarbeitung Konzept KSD – Vereinbarung für Zusammenarbeit mit NW für KSD in Engelberg – Vereinbarung für Bereichs CARE/Psych. Betreuung</i>	5 / 7 B	20	
3400	18	Leistungsauftrag und Finanzierungsregelung für die Spitex sind festgelegt	5 C		
3400	18	<i>Weiterführung Projekt „Im Alter in Obwalden leben“: Vorbereitung Revision Gesundheitsgesetz und Verordnung über die Baubeiträge</i>	5 C	10	
3410		Gesundheitsförderung Projekt „ALCOHOL“ ist in Umsetzung.			
3409. 318.60	19	Nachtrag/Totalrevision zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz im Bereich IPV, damit das neue Bundesmodell ab 2007 umgesetzt werden kann	5 B	20	

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
3420. 363.00 363.11	15 16 17	Spitalkooperation mit Nidwalden und mit diesem Projekt direkt zusammenhängende Projekte gemäss Strategie- und Amtsdauerplanung 2003-2006 Weiterführung der operativen Zusammenarbeit OW/NW auf der Basis einer Vereinbarung zw. den beiden Regie- rungen (als Ersatz für INFRA-Vereinbarung) Zusammenarbeit LU-OW-NW im Sinne der Absichtser- klärung und der noch zu erarbeitenden interkantonalen Vereinbarung	5 A	2007 2008 2009	50 50 50	
3420. 506.00	15	Kantonsspital: Investitionspauschale		2007 2008 2009	700 700 700	
3400	18	<i>Leistungsauftrag und Finanzierungsregelung für die Spitex sind festgelegt</i>	5 C	2008	650	
3400. 562.04	18	<i>Baubeiträge für 13 Betten im Rahmen der bestehenden Bettenplanung für die Alters- und Pflegeheime (noch nicht auf eine bestimmte Gemeinde zugeteilt); aus Pro- jekt „Im Alter in Obwalden leben“</i>	5 C	2007	850	
3409	19	Umsetzung des neuen Bundesmodells für die Gewäh- rung der Prämienverbilligung. <i>NFA-Teilweise Übernahme der wegfallenden Finanz- kraftzuschläge auf bisherigen Bundesbeiträgen bei Prä- mienverbilligungen</i>	5 C	2008	+ 8 700	
	20	Die Verordnung über die Berufe der Gesundheitspflege ist revidiert.			30	
	20	Die Heilmittelgesetzgebung ist revidiert.	5 C		50	
	20	Das Konzept Gesundheitsförderung OW/NW ist überar- beitet.	5 C		0	
		Das Gesundheitsgesetz ist revidiert.	5 C	2008	50	

35 Sozialamt

Leistungsauftrag

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe durch Beratung von Behörden und Sozialdiensten. Es führt besondere Beratungs- und Vermittlungsdienste (Suchtberatung, Jugendberatung, Ehe- und Familienberatung, Opferhilfeberatung, Behindertenberatung und Betagtenberatung) oder überträgt sie an private Institutionen. Das Sozialamt beaufsichtigt Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe und organisiert die Zuweisung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Gesetzliche Grundlagen

Sozialhilfegesetzgebung (GDB 870.1 und 870.11)
 Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (GDB 870.12)
 Ausführungsbestimmungen zum Kindes- und Adoptionsrecht (GDB 211.211)
 Ausführungsbestimmungen über die fürsorgerische Freiheitsentziehung (GDB 870.511)
 Jugendhilfegesetzgebung (GDB 874.1 und 874.11)
 Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Asylgesetz (GDB 113.51)
 Einführungsgesetz zum ZGB (GDB 219.1)
 Heimvereinbarung (GDB 874.3)
 Vollziehungsverordnung zum Opferhilfegesetz (GDB 350.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	7'060	6'943	7'386			
Ertrag	5'207	4'199	4'204			
Nettoaufwand	1'853	2'744	3'182	3'336	12'541	12'546
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen				250	250	

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
3500. 318.60 365.10 460.00	Sozialamt Arbeiten durch Dritte Leistungsauftrag an Kinderbetreuungsstätten Bundesbeiträge: Alkoholzehntel	95		53 150	120

3504. 365.20	312 Asylsuchende, Flüchtlinge Anteil der Caritas am Bundesbeitrag gemäss Vereinbarung für die Betreuung der Asylsuchenden/Flüchtlinge	630		500	
365.21 460.00 460.01	Gesundheits- und Unterstützungskosten Bundesbeitrag an Verwaltungskosten Bundesbeiträge an Gesundheits- und Unterstützungskosten	2 000	750 2 000	1 800	620 1 800
3506. 365.20	Heime Kosten aus Platzierungen Obwaldner/-innen in auswärtigen Sonderschulen und Heimen (Ende 2004 67 Jugendliche und Erwachsene)	1 300		1 500	
365.22	41 Kinder und Jugendliche aus Obwalden werden im Schulheim Rütimattli unterrichtet	777		770	
365.23 365.24	Wohnheim für Erwachsene, Rütimattli Kantonsbeitrag an die Behindertenwerkstatt Hütli mit insgesamt 95 Plätze für Personen mit einer geistigen Behinderung und 20 Plätze für Personen mit einer psychischen Behinderung	176 324		226 428	
365.25 365.26 452.00	Private Sonderschulen und Heime Kantonsbeiträge Arbeitsplätze Kostenanteil der Gemeinden an auswärtigen Sonderschulen und Heimen von 50 %.	85 56	540	85 48	660

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2006 – 2008 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
3500. xxx	Umsetzung Massnahmen aus Familienleitbild OW/NW	+ 150	+ 150	+ 150
3506. 365....	Heime NFA – Übernahme Bundesbeiträge für Bau- und Betriebsbeiträge an Wohnheime, Werkstätten und Tagesstätten		+ 5 200	+ 5 200
365....	NFA – Übernahme Bundesbeiträge für Sonderschulung		4 000	4 000

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
3500. 318.60		Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden im Asyl- und Flüchtlingsbereich ist geprüft (GAP SGD-28)		25	
3500. 318.60	22	Projekt Zentralschweiz; Umsetzung der NFA im Heimbereich Vorbereitung zur Umsetzung der Massnahmen aus Familienleitbild		25 50	

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausgaben	Einnahmen
3500. 562.00	22	<i>Kantonsbeitrag an Projekt Artos (Aufbau eines neuen Kulturraumes für ältere Jugendliche und junge Erwachsene)</i>	6 C	ab 2007	250	
3500. xxx	22	Zum Familienleitbild Obwalden und Nidwalden sind die geplanten Massnahmen umgesetzt	6 C	ab 2007	150	
	22	Eine Fachkommission Soziales ist eingesetzt (SOHIO-Projekt)	6 C	ab 2007	10	

36 Strafverfolgung: Verhöramt, Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft

Leistungsauftrag

Das Verhöramt führt die Strafuntersuchungen gegen Erwachsene. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann es beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Das Verhöramt stellt Strafbefehle aus (Bussen und Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten), verfügt die Einstellung des Verfahrens oder beantragt der Staatsanwaltschaft die Überweisung an das Gericht. Verfahrenseinstellungen bedürfen der Genehmigung durch den Staatsanwalt. Gegen Strafbefehle betreffend Vergehen und Verbrechen kann der Staatsanwalt Einsprache erklären. Das Verhöramt ist zudem zuständig für die Verfügung der Administrativmassnahmen gemäss Strassenverkehrsgesetz (Verwarnung und Führerausweiszug). Im weiteren obliegt dem Verhöramt die Erledigung der Rechtshilfebegehren auswärtiger Strafbehörden sowie die Aufsicht über die Haftlokalitäten und die Behandlung der Untersuchungsgefangenen.

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über die Gerichtsorganisation (GDB 134.1)
 Gesetz über das kantonale Strafrecht (GDB 310.1)
 Strafprozessordnung (GDB 320.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'335	1'294	1'340			
Ertrag	1'134	1'465	1'467			
Nettoaufwand	201	-171	-127	-134	-141	-148
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoausgaben						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
3600.	Verhöramt				
318.75	Kosten im Zusammenhang mit Strafuntersuchungen (Bsp. Kosten der Untersuchungshaft, PC-Spiegelungen)	250		250	
431.00	Spruchgebühren, welche in reinen Strafuntersuchungen verhängt werden		240		240
431.01	Spruchgebühren in Administrativmassnahmen (SVG)		160		160
436.60	Untersuchungskosten, die den Verurteilten auferlegt und eingebracht werden können		240		240
437.00	Ertrag der Bussen, welche gestützt auf Strafbefehle der Verhörer eingehen		800		800

23.4 VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2006

Ziel Nr.	Ziele und Massnahmen Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 – Jahresziele 2006 (neue Ziele = <i>kursiv</i>)	Bezug Leitidee und Gewichtung	Bemerkungen
23	Der Kanton wird als attraktive Wohnregion und dynamische Wirtschaftsregion wahrgenommen.	1 + 2	
	– <i>Das Kantonsmarketing wird abgestützt auf die Steuerstrategie und das Raumordnungskonzept umgesetzt.</i>	A	
	– <i>IH-Unterstützung für den Aufbau eines Microparks.</i>	A	Erhöhung der Kreditlimite für IH-Darlehen.
24	Die Landwirtschaft wird im Strukturwandel begleitet.	2	
	– <i>Für die Problemgebiete liegt das Gebietsmanagement vor.</i>		Umsetzung Agrarleitbild für das Gebiet zwischen Pilatus und Brünig.
25	Die kantonalen Förderinstrumente: Wirtschaftliche Erneuerungsgebiete, Tourismusgesetz und die Investitionshilfe für Berggebiete werden strategiekonform eingesetzt.	1 2 3	
	– Die Mittel der Regionalpolitik sind gezielt in jenem Bereich eingesetzt, die zur Umsetzung der Strategie dienen (IH-Darlehen wirtschaftliche Erneuerungsgebiete).	A	
	– In den touristischen Schwerpunktgebieten ist die Tourismusförderungsabgabe eingeführt.	B	Gesetzgebungsanpassung in Abstimmung mit den Kantonen Uri, Schwyz und Nidwalden.
34	Die intakte Umwelt und attraktive Landschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital erhalten.	9	
	– Die Aufgaben und Kompetenzen im Umwelt- und Gewässerschutz sind gesetzlich neu festgelegt.	A	

	– Überwachungsprogramm und Verbesserungsmaßnahmen (Luftmessnetz und Massnahmenplan Luftreinhaltung Zentralschweiz, Gewässerüberwachung, Revitalisierung Fischgewässer) sind fortgesetzt.	C	Gewässerschutzkarte liegt vor. Wärmenutzungskarte ist in Arbeit.
35	Die Grundbuchbereinigung wird in Schwerpunktgebieten weitergeführt.	7	
			<i>Der Fortschritt der Grundbuchbereinigung richtet sich nach den zugeordneten Kapazitäten.</i>
	– Die Abteilung Grundbuch und Vermessung ist im Volkswirtschaftsdepartement integriert.	C	<i>Abschluss der Phase II.</i>
36	Den Nutzern stehen raumbezogene Daten im GIS Obwalden zur Verfügung.	8	
	– Alle verfügbaren Daten sind im GIS Obwalden aufgeschaltet und stehen den Benutzern zur Verfügung.	C	Leistungsauftrag gemäss Geschäftsstelle GIS OW – bis Ende 2006 fertig.
	– AV 93-Daten stehen im GIS Obwalden über den ganzen Kanton flächendeckend zur Verfügung.	C	bis Ende 2006
	– Die Strukturen von GIS Obwalden sind angepasst.	B	<i>Erarbeitung rechtliche Grundlagen und Klärung der Verwaltungsorganisation.</i>

40 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementssekretariat nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung als Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen wahr, ist Bindeglied für die Interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen und setzt die Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung um. Es unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
 Organisationsverordnung (GDB 133.11)
 Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik (GDB 910.1)
 Verordnung über die wirtschaftliche Landesversorgung (GDB 542.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	695	720	731			
Ertrag		2	1			
Nettoaufwand	695	718	730	832	734	737
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoausgaben						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
4000. 318.60	Departementsdienste Arbeiten durch Dritte	100		100	
4002. 365.01	Wirtschaftsförderung Beiträge an Wirtschaftsförderung Obwalden, Standortpromotion Zentralschweiz, Academia	60		67	
365.20	Kantonsbeitrag an Micro Center Central- Switzerland (MCCS)	250		250	

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/	Projekte	Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto

Konto	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
4000. 318.60	23 2	Departementsdienste: <i>Das Kantonsmarketing ist eingeleitet.</i> Die Verwaltungsreform Phase II ist umgesetzt.	1 A 13 A	100	
xxxx	23	Erwerb von militärischen Objekten für die Strategieum- setzung ist vollzogen.	1 A	?	

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
4000. 318.60	23	Departementsdienste: Das Kantonsmarketing ist umgesetzt	1 A	2007	200	
4002/ 2490. 365.22	23	Wirtschaftsförderung: Der gemeinsame Urschweizer Auftritt an der OLMA 2007 fördert das Standortmarketing des Kantons Der gemeinsame Auftritt am Marché-Concours National des Chevaux in Saignelégier fördert die Bekanntheit der Region in der Westschweiz	1 C 1 C	2007 2008	200 80	

41 Volkswirtschaftsamt

Leistungsauftrag

Das Volkswirtschaftsamt ist Anlaufstelle für die Wirtschaft, die Submission und den Binnenmarkt. Es behandelt die Gesuche der Investitionshilfe für Berggebiete und der Regionalpolitik des Bundes, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Beim Volkswirtschaftsamt wird das Handelsregister geführt und die Stiftungsaufsicht mit Ausnahme der BVG-Vorsorgeeinrichtungen wahrgenommen. Die Abteilung Grundbuch und Vermessung führt das Grundbuch für den ganzen Kanton und nimmt die Aufgaben der Vermessung wahr. Das Volkswirtschaftsamt richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung aus. Es ist die statistische Anlaufstelle und Bewilligungsbehörde für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Das Volkswirtschaftsamt ist verantwortlich für die Anlegung und Führung des Grundbuchs sowie den Bereich GIS Obwalden (inkl. GIS-Koordination). Zusätzlich betreut es die Betriebskommission sowie die Geschäftsstelle GIS Obwalden.

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (GDB 975.6)
 Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung (GDB 880.1)
 Tourismusgesetz (GDB 971.1)
 Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik (GDB 910.1)
 Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über das Obligationenrecht (GDB 220.11)
 Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (GDB 213.81)
 Beurkundungsgesetz (GDB 210.3)
 Verordnung über das Grundbuch (GDB 213.41)
 Verordnung über die Bereinigung der dinglichen Rechte und die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs (Bereinigungsverordnung) (GDB 213.51)
 Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch- und Schätzungsgebühren (GDB 213.61)
 Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung (GDB 213.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'418	1'435	3'693			
Ertrag	392	425	2'321			
Nettoaufwand	1'026	1'010	1'372	1'593	1'594	1'575
Investitionen:						
Ausgaben	2'123	1'648	510			
Einnahmen	1'010	1'117	658			
Nettoinvestitionen	1'113	531	-148	80	190	100

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
4101. 362.00	Regionalpolitik Tiefere Zinskostenbeiträge an Gemeinden für laufende Projekte (vermehrte Darlehensgewährung)	117		105	
364.00	Zinskostenbeiträge an laufende Projekte von gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	145		140	
365.01	Beiträge an Tourismusorganisationen (Schweiz Tourismus, Destination Vierwaldstättersee) und für Plattform öffentliches Beschaffungswesen	113		109	
375.00	Weiterleitung Bundes- und Gemeindebeiträge	95		95	
395.30	Verrechnung von Zinskosten für Darlehen	250		242	
4110. 431.00	Handelsregister und Stiftungsaufsicht Zunehmende Handelsregistergebühren dank Steuerstrategie		190		210
4121. 319.00	Grundbuch Verschiedener Sachaufwand	257		2	
363.00	Informatikaufwand ILZ	104		82	
431.00	Gebühreneinnahmen		1 400		1 400
431.01	Gebühreneinnahmen: Grundbuchbereinigung		50		50
439.00	Verschiedene Einnahmen		175		10
4122. 318.60	Amtliche Vermessung Kosten für Nachführung der Amtlichen Vermessung	130		110	
318.93	Gesamtaufwand Dritter (AV)	500		400	
350.00	Aufwändungen für Arbeiten der Vermessungsaufsicht (Verifikation) zu Gunsten Kanton	90		85	
450.00	Rückerstattung des Bundes (AV)		130		70
4123. 318.60	LIS / GIS Arbeiten durch Dritte (inkl. Lizenzen)	143		294	
439.00	Verschiedene Einnahmen		150		164
461.10	Beiträge LIS/GIS				66
462.00	Unterhaltsbeiträge Gemeinden				66

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2006 – 2008 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
4102. 366.00	Wohnbau- und Eigentumsförderung Auslaufende Wohnbau- und Eigentumsförderung (ab 2008)			- 20

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
6321. 301.00		Grundbuch Engelberg: Nachbereinigung und Überführung der Daten des Grundbuchs Engelberg in das EDV-Grundbuch TERRIS sind erfolgt	A	145	
6322. 318.93 450.00	36	Realisierung AV93 Gesamtaufwand Dritter AV93 Rückerstattungen des Bundes AV93	8 A	400	70

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kos- ten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
6321. 301.00		Grundbuch Engelberg: Nachbereinigung und Überführung der Daten des Grundbuchs Engelberg in das EDV-Grundbuch TERRIS sind erfolgt	A	2007	25	
6322. 318.93 450.00	36	Realisierung AV93 Gesamtaufwand Dritter AV93 Rückerstattungen des Bundes AV93	8 A	2007	220	40
6322. 319.00	36	Arbeitsgruppe Amtliche Vermessung: Die Entwicklungen in der AV werden weiter verfolgt, um das Produkt AV93 auf aktuellem Stand zu halten	8 A	2007 2008 2009	10 10 10	

42 Amt für Arbeit

Leistungsauftrag

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarktes (eingeschlossen Tripartite Arbeitsmarktkommission) und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es vollzieht die Ausländer- und Asylgesetzgebung und ist Koordinationsstelle bei Fragen der Integration von ausländischen Personen, der Rassismusbekämpfung und zu den Fahrenden. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz beraten und überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens und der Preisbekanntgabe wird überwacht. Für das Markt-, Reisenden- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung und das Campieren werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt.

Gesetzliche Grundlagen

Vollziehungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (GDB 855.11)
 Vollziehungsverordnung zum Arbeitsvermittlungsgesetz (GDB 843.11)
 Kantonsratsbeschluss über die interkantonale Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes (GDB 843.31)
 Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von ausländischen Personen (GDB 113.21)
 Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Asylgesetz (GDB 113.51)
 Gesetz über das Markt- und Reisengewerbe sowie die Geschicklichkeits- und Glücksspiele (Markt- und Reisengewerbegesetz) (GDB 975.1)
 Gastgewerbegesetz (GDB 971.1)
 Verordnung über das Campieren (GDB 971.41)
 Regierungsratsbeschluss betreffend Konsumkreditgesetz
 Verordnung betreffend Vollzug des Arbeitsgesetzes und das Verfahren bei Zivilstreitigkeiten aus dem Dienstverhältnis (Verordnung zum Arbeitsgesetz) (GDB 841.11)
 Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die Heimarbeit (GDB 841.311)
 Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über den Verkehr mit Giften (GDB 814.411)
 Ausführungsbestimmungen zum Sprengstoffgesetz (GDB 510.911)
 Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die Unfallversicherung (GDB 851.411)
 Ausführungsbestimmungen zur Luftreinhalteverordnung (GDB 780.612)
 Feuerpolizeiverordnung Art. 6 Abs. 3 und Art. 8 Abs. 2 (GDB 546.21)
 Gesetz über die öffentlichen Ruhetage (Ruhetagsgesetz) (GDB 975.2)
 Ausführungsbestimmung zum Bundesgesetz über Mass und Gewicht (GDB 952.111)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	16'138	17'234	17'728			
Ertrag	4'438	4'408	4'542			
Nettoaufwand	11'700	12'826	13'186	14'204	10'465	10'947
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
4200. 365.20	Amtsleitung Kantonsbeiträge für arbeitsmarktliche Massnahmen (AVIG) ½	55		65	
370.00/472	Gemeindebeitrag arbeitsmarktliche Massnahmen	55	55	65	65
434.10	Verrechnung Aufwendungen Amtsstelle für Arbeitslosenversicherung		90		95
4210. 431.00	Aufenthalt und Asyl Gebühreneinnahmen für Ausländerbewilligungen		250		250
460.00	Rückerstattung Verwaltungsaufwand Asyl Ausschaffungskosten		80		80
4221. 431.00	Gewerbebewilligungen Gebühreneinnahmen tiefer durch neue Geschicklichkeitsspielautomaten		101		51
4222. 301–439	Messwesen Übertragung mit Leistungsauftrag an Luzern	155	48	51	
429 4290.360.00	Sozialversicherungen Kantonsbeiträge an AHV	1 919		1 963	
4290.360.01	Kantonsbeiträge an IV	2 522		2 513	
4292.318.60	Verwaltungskosten Ergänzungsleistungen	398		467	
4292.366.00	Kantonsbeiträge an AHV-Ergänzungsleistungen	6 750		6 900	
4292.366.01	Kantonsbeiträge an IV-Ergänzungsleistungen	3 850	3 710	4 200	3 885
4292.460.00	Bundesbeitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV				
4294.360.00	Kantonsanteil Familienzulagen für Kleinbauern und landwirtsch. Arbeitnehmer	535		522	

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/./. Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2006 – 2008 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
4200.301.00	<i>Schwarzarbeit</i>	+ 32		
4200. 365.20 370.00/472.	Amtsleitung NFA: arbeitsmarktliche Massnahmen	65	90	90
4290. 360.00 360.01	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung NFA Kantonsbeiträge an AHV NFA Kantonsbeiträge an IV		– 2 130 – 2 800	– 2 130 – 2 800
4292. 366.00, 01	Ergänzungsleistungen zur AHV und IV NFA		700	700

V = Voranschlag P = Finanzplan

43 Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Leistungsauftrag

Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt ist Anlaufstelle für die Bereiche Landwirtschaft, Umweltschutz und Gewässerschutz sowie Fischerei. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milchwirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes sowie der Strukturverbesserungen. Es ist zuständig für das Boden- und Pachtrecht, die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite), der Betriebshilfedarlehen, der Umschulungsbeihilfen sowie der Beiträge zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (WS Beiträge). Es wirkt mit bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf land- und alpwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren werden die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet.

Die Abteilung für Umwelt koordiniert die kantonalen Umweltschutzaufgaben. Diese umfassen im Umweltschutz die Fachgebiete Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge sowie Abfallbewirtschaftung und Tankanlagen. Im Gewässerschutz sind es die Fachbereiche Gewässerschutz, Bodenschutz, umweltgefährdende Stoffe und die Umweltverträglichkeitsprüfung. Im Weiteren ist sie für die Fischerei zuständig und stellt Fischerpatente aus.

Gesetzliche Grundlagen

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft (GDB 921.1)

Gewässerschutzgesetzgebung (GDB 783.11 und 783.21)

Umweltschutzgesetzgebung (GDB 780.31, 780.51 und 780.111)

Fischereigesetzgebung (GDB 651.2 und 651.21)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	31'229	31'666	30'904			
Ertrag	28'900	29'162	28'173			
Nettoaufwand	2'329	2'504	2'731	2'520	2'479	2'488
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	2'156	1'990	2'710			
Einnahmen	1'214	1'015	1'495			
Nettoinvestitionen	942	975	1'215	675	675	675
davon Auswirkungen NFA						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
4300.	Amtsleitung				
318.60	Umsetzung Agrarleitbild	45		35	
365.01	Beiträge an verschiedene Organisationen	74		74	
4311.	Beratung				
434.10	Arbeiten für Dritte: Erträge aus Beratungsleistungen		50		45
460.00	Bundesbeiträge für Beratung		165		155
4312.	Strukturverbesserungen				
366.01	Auslaufende Wohnbau- und Eigentumsförderung (2005 noch unter 4102.366.00)	(280)		220	
4321.	Direktzahlungen				
363.00	Informatikaufwand ILZ	35		57	
365.20	Kantonsbeitrag an Kontrolle	53		58	
366.01	Kantonsbeitrag für nachhaltige Bewirtschaftungsformen	70		70	
4322.	Viehwirtschaft				
360.00	Eidg. Tierzuchtförderung	96		96	
364.00	Qualitätssicherung Milch	60		50	
365.20	Kantonsbeitrag Tierzucht	80		80	
365.21	Kantonsbeitrag Schlachtvieh	50		50	
4331.	Gewässer und Umweltschutz				
318.61	Arbeiten durch Dritte: Gewässerschutz	116		100	
318.62	Arbeiten durch Dritte: Umweltschutz	57		66	
318.63	Arbeiten durch Dritte: Luftreinhaltung	197		192	
431.00	Gebühreneinnahmen		100		100
450.00	Rückerstattung des Bundes		95		71
4332.	Fischerei				
311.50	Ankauf von Besatzfischen	40		47	
411.00	Patentgebühren		215		215
4333.	Chemiewehr- und Strahlenschutz				
351.00	Anteil NW Chemie- und Strahlenschutz	60		0	
366.00	Beiträge für Ausbildung Chemiewehr	50		50	

4334. 311.00	Ölwehrstützpunkt Technische Einrichtungen: Neu- und Ersatzbeschaffungen	4		49	
-----------------	--	---	--	----	--

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2006 – 2008 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
4300.365.01/ 4322.360.00 bis 03	NFA Tierzucht		– 165	– 165
4311. 460.00	Beratung NFA Beratung		155	155
4321. 366.02	Direktzahlungen NFA: Ökoqualitätsverordnung		40	40
4331. 318.63	Gewässer- und Umweltschutz NFA: Luftreinhaltung		– 40	– 40

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
4300. 318.60	24	Amtsleitung Verschiedene Massnahmen des Agrarleitbilds sind um- gesetzt.	2 B	35	
4312. 566.00 566.01	24	Strukturverbesserungen Unterstützung Strukturverbesserungen nach AP 2007 Wohnbausanierung im Berggebiet (bisher: 4102.566.00)	2 B	675 240	
4322. 365.21		Viehwirtschaft Unterstützung Schlachtviehmarkt		– 95	
4331. 318.61 318.61 318.62 318.63	34 34 34 34	Gewässer- und Umweltschutz Erstellung Gewässerschutzkarte Erstellung Wärmenutzungskarte Erstellung des Risikokatasters der belasteten Standorte Massnahmenplan Luftreinhaltung: Umsetzung	9 9 9 9	15 30 35 10	

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
4300. 365.01/ 4322. 360.00 bis 03		NFA: Tierzucht		2008 2009		165 165
4311. 460.00		Beratung NFA Beratung		2008 2009	155 155	
4312. 566.00	24	Strukturverbesserungen Unterstützung Massnahmen Strukturverbesserungen	2 B	2007 bis 2009	675	
566.01 566.00		Wohnbausanierung im Berggebiet (bisher 4102.566.00) NFA: Strukturverbesserungen		2008 2009	240 865 865	
4314. 564.00		Betriebshilfedarlehen Landwirtschaft NFA Betriebshilfe		2008 2009	70 70	
4321. 366.02		Direktzahlungen NFA: Ökoqualitätsverordnung		2008 2009	40 40	
4331. 318.61 318.62 318.62	34 34 34	Gewässer- und Umweltschutz Erstellung: Wärmenutzungskarte Risikokataster: Erstellung Abfallplanung: Aktualisierung	9 9 9	2007 2007 2008 2009	20 20 40 40	
318.62	34	Altlasten-Abklärungen	9	2007 2008	20 20	
318.62	34	NIS Monitoring Zentralschweiz	9	2007 2008 2009	14 14 14	
318.63	34	Emissionskataster: Neuerstellung	9	2008 2009	30 30	
318.63		NFA: Luftreinhaltung		2008 2009		40 40
4332. 318.61	34	Fischerei Aufwertung Fischereigewässer	9	2008	50	
4333. 311.00	34	Chemiewehr- und Strahlenschutz Ersatzbeschaffungen Fahrzeug Chemie- und Strahlen- schutz	9	2007 2009	50 50	
4334. 311.00	34	Ölwehrstützpunkt Ersatzbeschaffungen Fahrzeug Ölwehr	9	2008	50	

24.5 BILDUNGS- UND KULTURDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2006

Ziel Nr.	Ziele und Massnahmen Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 – Jahresziele 2006 (neue Ziele = <i>kursiv</i>)	Bezug Leitidee und Gewichtung	Bemerkungen
27	Die Bildungsangebote und -strukturen werden weiterentwickelt.	4	
	– <i>Das 9. Schuljahr ist als Abschlussjahr der Volksschule aufgewertet.</i>		<i>Abschlussarbeiten, Projekte, verbesserte Abschlusszeugnisse usw.</i>
	– <i>Das Projekt Englisch an der Primarschule wird weitergeführt.</i>		Nachqualifikation der Lehrpersonen
29	Die Rahmenbedingungen der Aus- und Weiterbildung werden verbessert.	4	
	– <i>Das Bildungsgesetz ist zuhanden einer zweiten Volksabstimmung vorbereitet.</i>		<i>Ziel: Inkraftsetzung auf den 1. August 2006 oder 1. Januar 2007</i>
30	Projekte im Bereich Sport und Kultur mit regionaler / überregionaler Ausrichtung werden gefördert.	12	
	– <i>Kulturprojekt mit überregionaler Ausstrahlung wird vom Kanton mitfinanziert.</i>		
	– <i>Das kantonale Sportkonzept ist schrittweise umgesetzt.</i>		

50 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Höhere Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Gesetzliche Grundlagen

Schulgesetz (GDB 410.1)
 Organisationsverordnung (GDB 433.11)
 Stipendienverordnung (GDB 419.11)
 Verschiedene Schulabkommen (GDB 414 und 415, 410.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	13'147	13'887	13'772			
Ertrag	1'285	1'322	1'182			
Nettoaufwand	11'862	12'565	12'590	13'193	13'606	14'009
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	134	250				
Einnahmen	130	150				
Nettoinvestitionen	4	100	150			

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5000.365.00	Konferenzen	140		125	
5002.366.10 und 5002.460.00	Stipendien Um 15 % verminderter Bundesbeitrag	1 325		1 290	
5003	Lotteriefonds: Die Projekte im Bereich Kultur und Sport sind finanziert.	550	636	550	526
5010.362.00	Das Freiwillige 10. Schuljahr entfällt zu Gunsten der Brückenangebote am BWZ	111	0	0	0
5011. 351.10	Mittelschulen Ausserkantonale Mittelschulen (49 Schüler/-innen, Vorjahr 68)	734		543	
364.00	Stiftsschule Engelberg (77, Vorjahr 72) und Sportmittelschule Engelberg (7, Vorjahr 5)	1 161		1 210	
433.00	Schulgelder/Elternbeiträge		49		37

5012.	Seminarien				
351.10	Kantonale LehrerInnenseminare	380		217	
365.20	Private LehrerInnenseminare	221		61	
433.00	Schulgelder/Elternbeiträge		29		14
5013.351.10	Höhere Schulen:	8 702		9 216	
	Totalbetrag setzt sich zusammen aus:				
	– Fachhochschulvereinbarung FHV	483		741	
	– Interkant. Universitätsvereinbarung IUV	3 476		3 822	
	– Fachschulvereinbarung FSV	353		413	
	– Fachhochschule Zentralschweiz FHZ	2 400		2 284	
	– Regionales Schulabk. Zentralschweiz RSA	368		382	
	– Pädagog. Hochschule Zentralschweiz PHZ	1 501		1 480	
	– Zusatzausb. Heilpädagogik SHP	121		94	

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber Budget 2006 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
5002. 366.10 460.00	Stipendien Familienfreundliche Stipendienberechnung Stipendien: Bundesbeiträge: NFA-Teilentflechtung	+ 150 – 240	+ 150 – 540	+ 150 – 540
5011.351.10	Ausserkantonale Mittelschulen: Zunahme Schülerzahl und Beitragshöhe	+ 60	+ 100	+ 120
5012. 351.10 365.20	Seminarien: Schrittweiser Übergang zur Pädagogischen Hochschule PHZ Kant. Seminarien Private Seminarien	– 110 – 40	– 60 – 20	0 0
5013.351.10	Höhere Schulen: Zunahme Studentenzahl und Tarifierhöhung	+ 300	+ 600	+ 900

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
5000	29	Das Bildungsgesetz (BiG) ist zuhanden einer zweiten Volksabstimmung vorbereitet (mit Informationsarbeit)	4 C		

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
5000	29	Die Ausführungsgesetzgebung zum BiG ist vorbereitet	4 C	2007/ 2008		

53 Amt für Volks- und Mittelschulen

Leistungsauftrag

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens, der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht, Fortbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste Schulpsychologischer Dienst und Logopädischer Dienst stehen im Allgemeinen Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen.

Die Abteilung Kantonsschule Obwalden bietet die gymnasiale Ausbildung an.

Gesetzliche Grundlagen

Schulgesetz (GDB 410.1)

Verordnung über den Kindergarten und die Volksschule (GDB 412.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	10'167	10'021	9'912			
Ertrag	891	920	850			
Nettoaufwand	9'276	9'101	9'062	9'181	9'358	9'428
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5300.	Amtsleitung:				
310.30	Lehrmittel (Mehraufwand Englischlehrmittel)	401		411	
318.60	Arbeiten durch Dritte	47		40	
362.00	Betriebsbeiträge an Gemeinden	65		45	
363.00	Informatikkosten ILZ	45		58	

5302.	LWB und Schulentwicklung:				
318.62	Fachkurse ohne Diplomabschluss	110		96	
318.64	Fachkurse mit Diplomabschluss	304		100	
318.66	Löhne Stellvertretungen für Kursbesucher (Verzicht Intensivweiterbildungen)	22		10	
433.00	Schulgelder (mehr Teilnehmerbeiträge)		21		42
452.00	Beiträge Gemeinden/NW/UR		150		140
5330.	Abteilung Schulpsychologischer Dienst:				
302.00	Übernahme Legasthenietherapeuten durch Gemeinden	88		0	
362.00	Überführung IV-Gelder an Gemeinden	45		108	
460.00	Bundesbeiträge (IV)		123		124
5340.	Abteilung Logopädischer Dienst:				
318.60	Arbeiten durch Dritte (Audiopädagogischer Dienst Hohenrain für Hörbehinderte)	15		20	
460.00	Bundesbeitrag (IV)		291		291
5350.	Abteilung Kantonsschule:				
302.00	Lehrpersonal (zusätzliche Klasse)	4 211		4 386	
302.03	Stellvertretung: Löhne (Intensivweiterbildungen entfallen)	40		20	
310.30	Fachbücher, Lehrmittel, Schulmaterial	149		147	
318.61	Lehrerentschädigung Kollegium (Besoldung Kloster)	96		99	
362.00	Beiträge an Gemeinden (Instrumentalunterricht)	90		94	
394.20	Benützung Turnhalle	146		165	
433.00	Schulgelder (seit 2005 erhöhte Schulgelder)		200		200

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber Budget 2006 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
5300.	Amtsleitung			
310.30	Englischlehrmittel	+ 20	+ 20	+ 20
362.00	Projektbeiträge 9. Schuljahr an Gemeinden	+ 30	+ 30	+ 30
5330.	Abteilung Schulpsychologischer Dienst			
460.00	Bundesbeitrag (IV)	0	- 108	- 108

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
5300. 362.00	27	Das 9. Schuljahr ist als Abschlussjahr der Volksschule aufgewertet	4	30	
5302. 318.64	27	Das Projekt Englisch an der Primarschule, Nachqualifikation von Lehrpersonen, wird weitergeführt	4 B	225	
5300. 363.00	29	Lizenz für Produkt „Winteacher“ der Schulverwaltungssoftware „Winschule“ für Umsetzung von Qualitätsmassnahmen „Arbeitsplatz-Schule“	4 C	30	

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
5302. 318.64	27	Das Projekt Englisch an der Primarschule, Nachqualifikation von Lehrpersonen, wird weitergeführt	4 B	2007 2008	100 100	

54 Amt für Berufsbildung

Leistungsauftrag

Das Amt für Berufsbildung sorgt in Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und Berufsschulen dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen angepasst wird.

Es informiert und berät die Berufsbildner/innen in den Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie deren Eltern in allen Fragen rund um Grund- und Weiterbildung, Lehrverhältnis und Lehrverträge und überprüft die Qualität der beruflichen Grundbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons.

Es plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons (Standortattraktivität).

Es arbeitet im Rahmen der Zentralschweizerischen Kooperation in der Berufsbildung mit den andern Kantonen zusammen und vollzieht die daraus resultierenden Verpflichtungen.

Das Amt für Berufsbildung sorgt für die Durchführung der Qualifikationsverfahren (z.B. Teil- und Abschlussprüfungen) und stellt die entsprechenden Prüfungsdokumente aus.

Gesetzliche Grundlagen

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente
(GDB 133.111)

Berufsbildungsverordnung (GDB 416.11)

Schulgesetz (GDB 410.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	10'543	11'163	12'386			
Ertrag	3'749	4'304	4'789			
Nettoaufwand	6'794	6'859	7'597	8'087	7'902	7'917
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5400. 300.00 / 439.10 318.60	Amtsleitung: Durchführung von Qualifikationsverfahren: Einnahmen für durchgeführte QV	85	51	85	53
365.20	Entwicklung/Planung: Umsetzung verschiedener Berufsreformen (BBT-Ticket) im Dienste des Lehrstellenmarketings	42		10	
460.00	Entschädigung für delegierte Qualifikationsverfahren (LAP)	250		300	
	Bundesbeiträge für erbrachte Leistungen: LAP (Fr. 30 000.–), Mehranteil Bundesmittel (Fr. 50 000.–), zusätzliche Abgeltung für GSK-Berufe		130		180
5402. 351.10	Auswärtige Berufsfachschulen u. Fachkurse: Schulgelder: Rund 850 Lernende (Vorjahr 750) zu Fr. 4 000.– und Teilnehmende an Brückenangeboten	3 040		3 400	
365.20	Überbetriebliche Kurse (ÜK, Fr. 190 000.–), berufsorientierte Weiterbildung inkl. Beitrag an HF Medizinaltechnik (ehemals Technische Akademie Esslingen TAE, Fr. 200 000.–) und Gesundheitsberufe (ca. 73 [Vorjahr 60] Lernende + Defizitgarantie + SRK + Kantonsbeitrag + Budgetpool)	1 352		1 550	
433.00	Lehrbetriebsbeiträge an Schulkosten		185		210
460.00	(840 [Vorjahr 750] Lernende zu Fr. 250.–) Bundesbeiträge für erbrachte Leistungen: überbetriebliche Kurse, Beitrag für HF Medizinaltechnik (ehemals TAE)		112		110
5430. 318.90	Berufs- und Weiterbildungsberatung: Massnahmen im Dienste der Berufswahlprozess-Optimierung, u.a. Nachdruck Berufswahl-Dossier (Fr. 21 000.–) sowie Rent-a-Stift (Fr. 8 000.–), Info-Veranstaltung (Fr. 3 500.–), Schülerzeitschrift (Fr. 1 500.–) und Verschiedenes	20		17	
363.00	Informatikkosten ILZ	38		61	
365.01	Kantonsbeitrag an Studienberatung OW/NW gemäss neuem Vertrag; Zeitschrift Perspektiven, Jahresbeitrag SVB/KBSB	96		76	
5440. 311.30	BWZ: Anlagerneuerung gemäss Installationsvertrag, zusätzlich Beschaffung Notebooks	86		159	
460.00	Bundesbeitrag		80		100
5441. 433.00 433.01 460.00	BWZ: Brückenangebote: Schulgeldverrechnung SBA an Gemeinden Schulgelder Lernende Bundesbeiträge		60 60		265 63 70
5442. 310.30	BWZ: Grundbildung: Subventionierte Unterrichtsmaterialien und Lehrbücher zum Weiterverrechnen (Gegenkonti 435.10 und 460.00)	170		170	
317.20	Exkursionen, Schulveranstaltungen	8		40	
318.60	Zahlungen an Krankenpflegeschule Wilen für Fachangestellte Gesundheit (FAGE) und Entschädigung an Betriebsleiter Gutsbetrieb	150		180	
432.00	Kostgelder		90		90
433.00	Schulgelder		1 600		1 800
435.10	Lehrmittelverkäufe		105		105

460.00	Bundesbeiträge		630		650
5443. 318.60 433.00 460.00	BWZ: Berufsmaturität: Arbeiten durch Dritte Schulgelder Bundesbeiträge		40	25	97 100
5444. 318.60 395.00 433.00 460.00	BWZ: Weiterbildung: Arbeiten durch Dritte (Freelancer) Verschiedene Verrechnungen Schulgelder: abnehmende Teilnehmerzahl Bundesbeiträge: weniger Lohnkosten, weniger Bundesbeiträge	85 70	565 190	65 50	400 130
5446. 313.60 435.70	BWZ: Gutsbetrieb Giswil: Material für landwirtschaftliche Produktion Verkauf aus Viehhaltung	65	125	60	125

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber Budget 2006 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
5402. 433.00	Auswärtige Berufsfachschulen und Fachkurse Schulgelder: Mit BiG entfallen Lehrbetriebsbeiträge	- 210	- 210	- 210
5441. 433.00	Brückenangebote Schulgelder: Wegfall Gemeindebeitrag mit BiG	- 265	- 265	- 265

V = Voranschlag P = Finanzplan

55 Kulturabteilung

Leistungsauftrag

Die Abteilung Kultur nimmt gegenüber der Departementsleitung Planung- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Kulturgüterschutz, Kantonsbibliothek und Medienfragen wahr.

Gesetzliche Grundlagen

Kulturverordnung (GDB 451.11)

Kultur- und Denkmalpflege: Bundesverfassung Art. 78

Kultur- und Denkmalpflege: Kantonsverfassung Art. 31 Abs. 2

Denkmalschutzverordnung (GDB 451.21)

Verordnung über die Kantonsbibliothek (GDB 451.51)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'995	2'398	2'548			
Ertrag	818	1'147	1'223			
Nettoaufwand	1'177	1'251	1'325	1'363	1'617	1'622
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5510. 362.00	Kultur- und Denkmalpflege Beträge an Einwohner- und Kirchgemeinden (ausserhalb Denkmalschutzverordnung)	50		50	
365.20	Beiträge an Private (gem. Denkmalschutzverordnung): Kürzung GAP 25 %	353		353	
365.30	Kantonsbeitrag an Klosterkirche	200		200	

5520. 363.00 462.00	Kantonsbibliothek Informatikaufwand ILZ Gemeindebeiträge Sarnen	58	75	54	75
---------------------------	---	----	----	----	----

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber Budget 2006 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
5510. 318.60 365.20	Kultur- und Denkmalpflege Neu Mittel für Kulturgüterschutz Beiträge an Private (gem. Denkmalschutzverordnung), Ersatz Bundesbeiträge zufolge NFA	+ 34 0	+ 34 + 250	+ 34 + 250

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
2490/ 5003. 365.21	30	Kulturprojekt mit überregionaler Ausstrahlung wird vom Kanton mitfinanziert.	12 B	(40)	–
2490/ 5510. 365.30		Der Kanton trägt die Restaurierung der Klosterkirche Engelberg mit (in Klammer Beitrag aus Lotteriefonds).	12 C	200 (200)	–

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
2490/ 5003. 365.21	30	Kulturprojekt mit überregionaler Ausstrahlung wird vom Kanton mitfinanziert.	12 B	ab 2007	(50)	–
2490/ 5510. 365.30		Der Kanton trägt die Restaurierung der Klosterkirche Engelberg mit (in Klammer Beitrag aus Lotteriefonds).	12 C	2007 bis 2012	200 (200)	–

56 Sportabteilung

Leistungsauftrag

Die Abteilung Sport nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Jugend+Sport, Schulsport, Vereinssport, Sport-Toto-Beiträge wahr.

Gesetzliche Grundlagen

Sportverordnung (GDB 418.11)

Ausführungsbestimmungen über Beiträge aus dem kantonalen Sport-Toto-Fonds (GDB 610.511)

Vollzugsrichtlinien über die Gewährung von Sport-Toto-Beiträgen

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'071	1'065	1'159			
Ertrag	745	729	779			
Nettoaufwand	326	336	380	381	383	384
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5600. 318.60	Jugend und Sport Arbeiten durch Dritte (zusätzlich Übernahme Schneesportkurs BS/BL)	157		267	
433.00/ 451.00/ 460.00	Entschädigung für Schneesportkurse BS/BL		83		188
5610. 365.20	Sport-Toto Beiträge an Verbände und Sportvereine	165		165	
365.22	Beiträge an Aussensportanlage Sachseln	88		88	
414.00	Gewinnanteil aus Sport-Toto		220		220
480.00	Entnahme aus Sport-Toto		55		55
5620. 462.00	Turnhalle und Sportanlagen Beitrag Gemeinde Sarnen		100		65

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/	Projekte	Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto

Konto	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
5600	30	Das kantonale Sportkonzept ist in wichtigen Teilen umgesetzt		10	

24.6 BAU- UND RAUMENTWICKLUNGSDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2006

Ziel Nr.	Ziele und Massnahmen Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 – Jahresziele 2006 (neue Ziele = <i>kursiv</i>)	Bezug Leitidee und Gewichtung	Bemerkungen
31	Zweckmässige, funktionale und qualitativ gute Liegenschaften und Bauten unterstützen die effiziente Aufgabenerfüllung (Übersicht)		
	<ul style="list-style-type: none"> – Bildung (BKD)/Verwaltung (STK): <li style="padding-left: 20px;">– Ausbau Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) <li style="padding-left: 20px;">– Bezug des ausgebauten und sanierten BWZ Mitte Oktober 2006 	$\boxed{13} + \boxed{4}$ A	
32	Für Siedlungen und Verkehrsanlagen werden naturbedingte Risiken verringert und Schäden begrenzt.	$\boxed{7}$	
	– Auf Grund der Risikoanalyse OW ist eine Prioritätenliste der Gefahrenstellen und eine Mittel- und Langfrist-Strategie der Schutzbautenprojekte samt Schutzwald erarbeitet.	B	
33	Der kantonale Richtplan ist überarbeitet.	$\boxed{8}$	
	– Die Revision der kantonalen Richtplanung ist abgeschlossen und der Richtplan 2006 durch den Kantonsrat verabschiedet.	A	
34	Die intakte Umwelt und attraktive Landschaft wird als Lebensraumqualität und touristisches Kapital erhalten.	$\boxed{9}$	
	– Der Schutz- und Nutzungsplan der Moorlandschaft Glaubenberg ist vom Regierungsrat verabschiedet.	C	

38	Die Nationalstrasse A8 ist programm- gemäss weiter ausgebaut, das Kan- tonsstrassennetz optimiert und gesi- chert, der Langsamverkehr entflocht- ten.	10	
	<ul style="list-style-type: none"> – Nationalstrassenbau: <li style="padding-left: 20px;">– Der Loppertunnel ist saniert und die Abzweigung A8 – A2 wieder offen. 		

60 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Ihm ist überdies der departementsinterne Rechtsdienst angegliedert.

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	2'726	3'096	483			
Ertrag	1'584	1'836	13			
Nettoaufwand	1'142	1'260	470	473	477	480
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

61 Hoch- und Tiefbauamt

Leistungsauftrag

Das Hoch- und Tiefbauamt bearbeitet sämtliche Fragen der Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören die Bauten der öffentlichen Verwaltung, die Nationalstrasse und die Kantonsstrassen.

Die Abteilung Strassenbau ist verantwortlich für die Planung und den Bau (Projektleitung und Oberbauleitung) der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Dazu gehören alle Kunstbauten (Brücken, Tunnel usw.), die Radverkehrsanlagen, Verbesserungsmassnahmen aus Verkehrssicherheitsfragen und der Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen.

Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Weiter obliegt ihm die Prüfung und die Bewilligung von Baugesuchen im Strassenbereich und von Einmündungsprojekten.

Die Abteilung Hochbau ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte. Als Bauherrenvertreter obliegt ihr das Projektmanagement und die Gewährleistung von Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude wird die langfristige Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der vom Staat genutzten Bauten gesichert. Sie ist auch zuständig für die Verwaltung der kantonalen Liegenschaften. Zur Abteilung Hochbau gehören weiter die Fachbereiche Energie, Wärmeverbund und Wasserrecht.

Gesetzliche Grundlagen

Baugesetzgebung (GDB 710.1 und 710.11)

Strassenverordnung (GDB 720.11)

Kantonsstrassengesetz (GDB 720.3)

Strassenbeitragsverordnung (GDB 720.31)

Vollzugsverordnung zum BG über die Nationalstrassen (GDB 720.51)

Vollzugsverordnung zum BG über Fuss- und Wanderwege (GDB 720.71)

Wasserbaugesetzgebung (GDB 740.1 und 740.11)

Verkehrsabgabegesetz (GDB 771.1)

Ausführungsbestimmung zum BG über den Umweltschutz (GDB 780.111)

Ausführungsbestimmung zur Lärmschutzverordnung (GDB 780.211)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	19'817	23'322	29'231			
Ertrag	21'411	24'391	29'937			
Nettoertrag	1'594	1'069	706	661	929	914
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	48'547	21'240	35'331			
Einnahmen	45'836	18'720	20'564			
Nettoinvestitionen	2'711	2'520	14'767	7'390	17'270	370
davon Auswirkungen NFA						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
6102. 438.00	Strassenbau: An Projekte verrechnete Eigenleistungen		870		850
6120. 311.40	Betrieblicher Strassenunterhalt: Fahrzeuge und Geräte: Anschaffungen (u.a. Lieferwagen mit Aufsatzsteuer für Nasssalzvorrichtung)	184		187	
312.00	Heizung, Strom, Wasser: Elektrische Energie für Strassen (neu mit A8-Umfahrung Giswil)	310		400	
312.30	Betriebskosten: Wärmeverbund	80		26	
313.10	Einbau- und Ersatzmaterial Strasse	110		110	
313.25	Materialien Winterdienst	80		90	
313.40	Treibstoff	110		110	
313.45	Betriebskosten für Fahrzeuge und Geräte	61		65	
314.20	Leistungen durch Dritte: Winterdienst	250		250	
314.23	Leistungen durch Dritte, Behebung von Unwetter- schäden	70		80	
314.24	Leistungen durch Dritte: Übrige Leistungen (neu mit A8-Umfahrung Giswil)	253		275	
318.80	Gebühren durch Dritte: Entsorgung	76		83	
427.00	Miet- und Pachtzinseinnahmen		55		60
434.00	Rückvergütung Dritter für Dienstleistungen		70		66
434.05	Rückvergütung Dritter für Treibstoffe		68		68
434.17	Rückvergütung aus Unfallschäden		85		85
438.00	An Projekte verrechnete Eigenleistungen		300		300
460.00	Bundesbeiträge: Betrieb A8 (zusätzlich A8- Umfahrung Giswil, Beitrag an Nasssalzanlage)		1 950		2 075
6122. 314.00	Baulicher Strassenunterhalt: Baulicher Strassenunterhalt: Kantonsstrassen (Projektliste 2006 u.a.: Melchtalerstrasse, Panoramastrasse, Schwanderstrasse, Brünigstrasse Sarneraa – Kreuzstrasse, Kernmattstrasse)	1 500		1 500	
314.08	Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse A8 (Projektliste 2006: Schwerpunkt Loppertunnelsanierung, 5,5 Mio. Fr.)	5 934		8 754	
460.08	Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8 (97 %)		5 756		8 491
6140.	Hochbauten:				

312.00	Heizung, Strom, Wasser	520		520	
313.00	Reinigungs- und Verbrauchsmaterialien	55		55	
314.10	Wartung durch Dritte	120		120	
314.30	Baulicher Unterhalt an 28 Gebäuden (Schwerpunkte: altes Gymnasium, Dreifachturnhalle, „von Wyl Haus“, BWZ Giswil, Polizeigebäude)	700		800	
316.00	Büro- und Raummiete	250		250	
316.20	Baurechtszins	120		110	
427.00	Miet- und Pachtzinseinnahmen		545		520
434.10	Benützungsgebühren: Seeflächen (Erlös gemäss Nachtrag zum Wasserbaugesetz)		23		200
462.00	Gemeindebeiträge (Turnhalle, Gymnasium)		60		130
6146	Nettoertrag des Kantons aus Wasserzinsen		1 572		1 572
6148	Sonderrechnung Wärmeverbund	754	754	896	896

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2007 bis 2009

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2006 – 2008 (Veränderungen netto)		
		P07	P08	P09
6120. 460.00	Betrieblicher Strassenunterhalt: NFA-Übergang des betrieblichen Strassenunterhalts der Nationalstrasse zu Bund	–	+ 100	+ 100
6122. 314.08	Baulicher Strassenunterhalt: Baulicher Unterhalt Nationalstrasse A8 NFA-Übergang des baulichen Strassenunterhalts der Nationalstrasse zu Bund	+ 1 527	– 4 527	– 4 527
460.08	Bundesbeitrag baulicher Unterhalt A8	– 1 481	+ 4 391	+ 4 391

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
6122. 314.00 314.08 460.08	38 38 38	Baulicher Strassenunterhalt: Baulicher Unterhalt: Kantonsstrassen Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8	10 / B 10 / B 10 / B	1 500 8 754	8 491
614		Hochbau:			
6144	31	Polizeigebäude: Die Konzeptstudie ist vollendet.	7 / C	200	
6145	31	Kantonsschule, eingeschlossen Neubau Dreifachturnhalle (Fr. 50 000.–): Das Vorprojekt ist ausgearbeitet	4 / B	150	
6146	31	BWZ Obwalden, Sarnen: Um- und Ausbauten sind erfolgt	4 / A	10 186	
6147	31	BWZ Obwalden, Schule Giswil: Die Fenster (2. Teil) sind saniert	4 / B	200	
6149	31	Verwaltungsgebäude Hostett: Um- und Ausbauten sind erfolgt	8 / C	300	
6150	31	Staatsarchiv: Die Vorprojektstudie ist vollendet	12 / C	50	
6151	31	Historisches Museum: Sanierungen sind erfolgt	12 / C	325	
6152	31	Kantonsbibliothek: Eine Alternativplanung ist erstellt	4 / C	30	
6153	31	Altes Gymnasium: Sanierungen sind erfolgt	4 / B	670	
6154	31	Dreifachturnhalle: Sanierungen sind erfolgt	4 / B	200	
6173	31	Kantonsspital, Psychiatrie: Um- und Ausbauten sind erfolgt	5 / C	700	

6845. 501.12 501.13 501.14 501.50 501.80 660.00	38 38 38 38 38	Kantonsstrassen: Nordstrasse Sarnen: Das Vorprojekt ist ausgearbeitet Brünigstrasse Sarnen: Baufortschrieb 2. Teil (Brücke) Dorfzentrum Sachseln: Beiträge 2. Teil sind ausgerichtet Brünigstrasse Giswil: Der Strassenabschnitt ist instand- gestellt und vom Bund abgenommen Lärmschutz: Das Sanierungsprogramm ist fortgesetzt Bundesbeiträge: Lärmschutz	10 / B 10 / B 10 / B 10 / B 10 / B	10 50 100 350 300	90
6846 – 6854	38	Nationalstrassenbau gemäss 7. Langfristigem Baupro- gramm des Bundes (Anteil Kanton 3 %) – Umfahrung Lungern: Vorbereitungsarbeiten Portal Nord, Tunnelsubmission – Umfahrung Giswil: Abschluss Bauarbeiten – Giswil Nord - Ewil: Detailprojekt, Submission – A2/A8 Kirchenwaldtunnel: Fortsetzung Bau Verbin- dungstunnel, Sanierung Loppertunnel	10 / B	633	
6858	38	Radrouten Abschnitt Giswil – Kaiserstuhl: Bauarbeiten 1. Etappe hat begonnen	10 / B	403	

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
6120. 506.06 506.07		Betrieblicher Strassenunterhalt Anschaffungen im Bereich Fahrzeuge/Maschinen sind getätigt		2007 2008 2009	195 190 220	
614		Hochbau				
6141	31	Rathaus Sarnen: Um- und Ausbauten sind erfolgt		2007 2008 2009	? ? ?	
6144	31	Polizeigebäude: Um- und Ausbauten sind erfolgt	7 C	2007 2008 2009	? ? ?	
6145	31	Kantonsschule: Um- und Ausbauten sind erfolgt (eingeschlossen Neubau Dreifachturnhalle)	4 + 13 B	2007 2008 2009	820 11 080 150	
6146	31	BWZ Obwalden, Schule Sarnen: Um- und Ausbauten sind erfolgt	4 A	2007 2008 2009	200 0 0	2 000
6147	31	BWZ Obwalden, Schule Giswil: Um- und Ausbauten sind erfolgt	4 B	2007 2008 2009	? ? ?	
6149	31	Verwaltungsgebäude Hostett: Um- und Ausbauten sind erfolgt	8 C	2007 2008 2009	? ? ?	
6150	31	Staatsarchiv: Um- und Ausbauten sind erfolgt	C	2007 2008 2009	4 000 4 000 0	
6151. 660.00	31	Historisches Museum: Um- und Ausbauten sind erfolgt	C	2007 2008 2009	2 175 – –	240
6152	31	Kantonsbibliothek: Um- und Ausbauten sind erfolgt	C	2007 2008 2009	? ? ?	
6153	31	Altes Gymnasium: Sanierungen sind erfolgt	C	2007 2008 2009	240 0 0	
6171	31	Kantonsspital, Behandlungstrakt: Die Studien sind er- stellt	C	2007 2008 2009	? ? ?	

6172	31	Kantonsspital Bettenrakt: Die Studien sind erstellt	C	2007 2008 2009	? ? ?	
6173	31	Kantonsspital Psychiatrie: Die Studien sind erstellt	C	2007 2008 2009	? ? ?	
6845. 501.80	38	Kantonsstrassen Lärmschutz: Das Sanierungsprogramm ist fortgesetzt	10 B	2007 2008 2009	300 300 300	
660.00	38	Bundesbeitrag Lärmschutz	10 B	2007 2008 2009		90 90 90
501.90	38	Verschiedene Ersatzbauten (Giswil Kreuzungssanierung Brünigstrasse 2. Teil; Sarnen Nordstrasse, Kreuzungs- sanierung Militärstrasse, etc.)	10 B	2007 2008 2009	510 510 510	
6846 – 6854	38	Nationalstrassenbau gemäss 7. Langfristigem Baupro- gramm des Bundes (Anteil Kanton 3 %) – Umfahrung Lungern (Bau 2005 – 2012) – Giswil Nord - Ewil (Bau 2007 – 2011) – A2/A8 Kirchenwaldtunnel Fortsetzung Bau Verbindungstunnel (Bau 2002 – 2009)	10 B	2007 2008 2009	978 1 428 1 458	
6858	38	Radrouten: Die Radwege sind wie geplant ausgebaut.	10 B	2007 2008 2009	300 300 300	

62 Amt für Wald und Raumentwicklung

Leistungsauftrag

Das Amt für Wald und Raumentwicklung ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Jagd, Abwehr von Naturgefahren sowie Fragen der räumlichen Entwicklung und des Verkehrs.

Die Abteilung Wald und Natur befasst sich mit der nachhaltigen Waldentwicklung, den forstlichen Fördermassnahmen, dem Forstschutz, der Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, mit dem Schutz der Wildtiere und der Erhaltung ihrer Lebensräume sowie der Jagdplanung.

Die Abteilung Naturgefahren befasst sich mit der Erkennung und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren. Sie übt die Oberaufsicht über die Gewässer und die Aufsicht über Stauanlagen aus.

Zentrale Aufgaben der Abteilung Raumentwicklung und Verkehr sind die Aktualisierung des kantonalen Richtplans, die Unterstützung kommunaler Behörden bei der Nutzungsplanung, die Koordination kantonalen Bewilligungsverfahren für Bauten ausserhalb der Bauzone, die Koordination des gesamten Verkehrsinfrastrukturangebots sowie die nachhaltige Sicherung des Waldareals.

Gesetzliche Grundlagen

Forstgesetzgebung (GDB 930.11)

Jagdgesetzgebung (GDB 651.1 und 651.11)

Verordnung über den Natur- und Landschaftsschutz (Naturschutzverordnung) (GDB 786.11)

Pilzschutzverordnung (GDB 786.21)

Baugesetz (GDB 710.1)

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege (GDB 720.71)

Wasserbaugesetz (GDB 740.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R04	V05	V06	P07	P08	P09
Laufende Rechnung:						
Aufwand	9'372	9'623	8'827			
Ertrag	5'674	6'333	5'466			
Nettoaufwand	3'698	3'290	3'361	3'376	6'252	6'308
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	13'201	15'272	18'055			
Einnahmen	9'242	11'068	12'093			
Nettoinvestitionen	3'959	4'204	5'962	4'772	9'060	8'245
davon Auswirkungen NFA						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2006

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V05 in Fr. 1 000.– brutto		V06 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
6200. 318.60	Verwaltung:	144		145	
363.00 431.00 434.10	Arbeit durch Dritte (zum Teil Vorfinanzierung von Projekten) Informatikkosten Holzschlagbewilligungen Arbeit für Dritte	94	65 250	97	65 220
6212. 364.00	Walderhaltung: Kantonsbeiträge an Forstschutzmassnahmen	360		215	
6214. 318.60	Waldwiederherstellung: Arbeiten durch Dritte: Regionalinventar/Nachhaltig- keitskontrolle, Geodaten	70		65	
364.00 460.00	Kantonsbeiträge: Lothar-Wiederherstellung und forstliches Kurswesen Bundesbeiträge	80	45	81	43
6218. 318.60	Natur und Landschaft: Arbeiten durch Dritte: Schutz- und Nutzungspla- nungen	150		150	
319.00 366.00 460.00	Verschiedener Sachaufwand: Beschilderung in Schutzgebieten Ökologische Ausgleichszahlungen (Reduktion wegen periodengerechter Abrechnung) Bundesbeiträge	40 180	180	30 160	170
6219. 411.00 460.00	Jagd Anteil an Patente, Gebühren Bundesbeiträge		290 50		290 50
6226. 318.60	Naturgefahren: Arbeiten durch Dritte (u.a. Kontrollkonzept Stauan- lagen, Interlisbeschreibung Gefahrenkarte)	95		110	
410.00 460.00	Wasserrechte/Konzessionsgebühren Bundesbeiträge		70 80		70 65
6231. 310.00	Raumentwicklung und Verkehr: Planerstellung, Berichte: Richtplanrevision	130		130	
6232. 431.00	Baukoordination: Gebühreneinnahmen aus Beurteilung Baugesuche		90		90

6233. 318.60	Verkehrsplanung: Arbeit durch Dritte: Anteil Projektierung Tieferlegung zb Zentralbahn Beiträge gemeinwirtschaftliche Leistungen an zb Zentralbahn gemäss Bestellungen Kanton	45		125	
364.00		1 090		1 082	

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2006

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V06 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
		Vorbereitung Einführung effor2			
6216. 564.00	32	Investition zur Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr, u.a.: IR: diverse Schutzwaldbauprojekte Sofortmassnahmen Grossteilerbäche	7 B	290	
6214. 564.00		Integralplanung Westl. Sarnersee Wildbäche (WSSW), Kleine Schliere usw.		430	
6226. 564.00				1 440	
6212	32	Investitionen zur Sicherstellung/Erhaltung Infrastrukturen, u.a.: IR: Sanierung Geretschwand, Erschliessung WSSW, Werkhöfe Giswil/Sarnen	7 B	100	
6226	32	Wasserbau: Hochwasserschutz an Fliessgewässern (Ramersberger-Bäche, Sarnen / Dorfbach Sachseln / Edisrieder- und Ewiler-Bäch, Sachseln / WSSW / Kl. Schliere, Alpnach / Laui-Zuflüsse, Giswil / Tschachenbach, Giswil / Rütibach, Giswil)	7 B	1 443	
6226. 318.60	32	Umsetzung Gefahrenkarten in der Schutz- und Nutzungsplanung	7 A	35	
	32	quantitative Risikoanalyse der Naturgefahren Obwalden	7 B	50	
6231. 310.09	33	Die kantonale Richtplanung ist genehmigt	8 A	130	
6233. 318.60	39	P + R-Konzept – Umsetzung Integrierter Tarifverbund (ITV)	10 A	65	
6233. 564.02	39	Infrastrukturbauten ZB 480: Strecke Stans – Engelberg (samt Steilrampe)	10 A	1 530	
6233. 564.11	39	Infrastrukturbauten ZB 470: Doppelspurausbau bis Hergiswil	10 A	213	
6233. 564.12	39	Sanierung Bahnübergänge ZB (zusätzlich Bahnübergänge Engelberg)	10 A	130	
6233. 564.13	39	Neue Haltestellen ZB 470: Ewil-Maxon	10 A	267	50

Nachführung geplante Projekte 2007 bis 2009 (Fortschreibung aller Projekte)

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.–		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausgaben	Einnahmen
6212. 564.00	32	Strukturverbesserungen Wald Kantonsbeiträge: Keine Neubauten bis 2014, nur Sanierungsprojekte NFA – Wegfall der bisherigen Finanzkraftzuschläge		2007	140	
				2008	200	
				2009	200	

6214. 564.00	32	Schutzwaldpflege Kantonsbeiträge: Priorisierung auf Wälder mit besonderen Schutzfunktionen; Ergänzungsprojekte in bestehenden Perimetern <i>NFA – Wegfall der bisherigen Finanzkraftzuschläge</i>		2007 2008 2009	460 1 800 1 820	
6226. 564.00 564.11 ff.	32	Gefahrenabwehr Kantonsbeiträge: Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr: Priorisierung gemäss Risikoanalyse u.a.: Integralplanung WSSW, IP Kleine Schliere, Sofortmassnahmen Grossteilerbäche, IP Güpfi Folgeprojekte <i>NFA-Wegfall der bisherigen Finanzkraftzuschläge</i>		2007 2007 2008 2009 2008 2009	480 1 420 1 060 980 4 100 4 260	
6231. 310.09	33	Umsetzung Kantonalen Richtplan	8 A	2007 2008 2009	130 130 100	
6233. 564.02	39	Verkehrsplanung Infrastrukturbauten ZB 480: Strecke Stans – Engelberg (samt Steilrampe) Kantonsanteil 50 %	10 A	2007 2008 2009	1 729 1 233 425	
564.11	39	Infrastrukturbauten ZB 470: Doppelspurausbau bis Hergiswil	10 A	2007 2008 2009	213 0 0	
564.12	39	Sanierung Bahnübergang ZB (zusätzlich Bahnübergänge Engelbergerstrecke)	10 A	2007 2008 2009	280 617 510	
564.13	39	Neue Haltestellen ZB	10 A	2007 2008 2009	50 50 50	

25 Nachgeführtes Gesetzgebungsprogramm 2006 bis 2009

Die Änderungen der Rahmenbedingungen bzw. die notwendige Schwerpunktbildung wirken sich auch auf die Gesetzgebung aus. Die Verschiebungen und Ergänzungen gegenüber dem bisherigen Gesetzgebungsprogramm 2005 bis 2008 wurden im nachgeführten Programm für die Jahre 2006 bis 2009 integriert:

Erlasse und interkantonale Vereinbarungen, welche dem Kantonsrat vorgelegt werden, nach departementaler Zuständigkeit	Vorgesehene Verabschiedung im Regierungsrat	Bezug zu Ziel Nr.
<u>1. Landammannamt/Staatskanzlei</u>		
<u>2. Finanzdepartement</u>		
Nachtrag zur Gebührenordnung für die Rechtspflege	2006	6
Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Ausbau wirkungsorientierte Verwaltungsführung)	2006	6
Nachtrag zur Personalverordnung (Ausbau wirkungsorientierte Verwaltungsführung)	2006	6
Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz sowie zur Verordnung (Aufhebung Belastungsgrenzen)	2006	–
Nachtrag zur Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch- und Schätzungsgebühren	2006	–
Beitritt zur Interkantonalen Rahmenvereinbarung (IRV) zur NFA	2006	7
<u>3. Sicherheits- und Gesundheitsdepartement</u>		
Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an den Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuchs (AT StGB); Vollzug der Nachbesserung des Bundes	2006	–
Nachtrag zur Gerichtsorganisationsgesetzgebung (Anpassung an Bundesgerichtsgesetz)	2006	–
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch (Anpassung Partnerschaftsgesetz)	2006	–
Neue Feuerwehrgesetzgebung	2006	7

Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Vollzug des Projekts „Im Alter in Obwalden leben“)	2006	18
Nachtrag zur Verordnung über Baubeiträge an Betagtenheime (Vollzug des Projekts „Im Alter in Obwalden leben“)	2006	18
Gesetzgebung über Beiträge an die Spitex (Umsetzung NFA)	2006	18
Interkantonale Vereinbarung über die operative Zusammenarbeit des Kantonsspitals Obwalden mit dem Kantonsspital Nidwalden	2006	15/16
Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Kantone Obwalden, Nidwalden und Luzern betreffend Spitalregion	2006	16
Nachtrag zur Vereinbarung über die Aufnahme und Behandlung von Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Nidwalden in der psychiatrischen Abteilung am Kantonsspital Obwalden	2006	17
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Umsetzung neues Bundesmodell)	2006	19
Überarbeitung der Gesetzgebung über den Veterinärdienst (Tierseuchengesetzgebung, Lebensmittelgesetzgebung; Anpassung auf Grund der Regionalisierung des Veterinärdienstes)	2006	21
Nachtrag zum Jugendhilfegesetz und zur Jugendhilfeverordnung (familienergänzende Betreuung)	2006	22
Nachtrag zur Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Anpassung der Zuständigkeit)	2006	22
Neues Strassenverkehrsgesetz (Motorfahrzeugsteuern und Vollzug des SVG)	2007	
Nachtrag zur Schifffahrtsverordnung	2007	
Nachtrag zur Verordnung über Berufe der Gesundheitspflege (Umsetzung des Personenfreizügigkeitsabkommens Schweiz – EU)	2007	20
Nachtrag zur Heilmittelverordnung (Anpassung an das Heilmittelgesetz des Bundes)	2007	20

Nachtrag zum Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Anpassung an Revision ZGB sowie Überprüfung Vormundschaftsbereich)	2007	22
Nachtrag zum Sozialhilfegesetz und zur Sozialhilfeverordnung (Regionale Amtsvormundschaft, Aufgabenteilung)	2007	22
Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Anpassung an das Heilmittelgesetz des Bundes, Neuregelung Berufe der Gesundheitspflege)	2008	20
<u>4. Volkswirtschaftsdepartement</u>		
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Umweltschutz	2006	34
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer	2006	34
Nachtrag zur Chemiewehr- und Strahlenschutzverordnung	2006	34
Nachtrag zur Ölwehrverordnung	2006	34
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts	2006	–
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	2006	23
Interkantonale Vereinbarung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	2006	23
Nachtrag zum Gesetz über Familienzulagen		22
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Asylgesetz (Anpassung an das revidierte Asylgesetz)	2007	–
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz für Ausländerinnen und Ausländer	2007	26
Interkantonale Vereinbarung betreffend Organisation des Eichwesens (allenfalls Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über Mass und Gewicht)	2007	
Nachtrag zum Tourismusgesetz (Tourismusförderungsabgabe in touristischen Schwerpunktgebieten)	2007	25
Nachtrag zum Landwirtschaftsgesetz	2008	24
<u>5. Bildungs- und Kulturdepartement:</u>		
Neues Bildungsgesetz sowie Folgeerlasse zum Bildungsgesetz (Bildungsverordnung, Volksschulverordnung)	2006/2007	28
Nachtrag zur Kulturverordnung (Auswirkungen Kulturleitbild)	2006	30
Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung (Auswirkungen NFA)	2007	–

6. Bau- und Raumentwicklungsdepartement

Strassengesetz und Strassenverordnung	2007	38
Verordnung über den Vollzug des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen	2007	38
Kantonales Waldgesetz (Ablösung Forstverordnung)	2007	32

3 Staatsvoranschlag 2006

31 Erläuterungen zum Staatsvoranschlag

In den Staatsvoranschlag werden nach Massgabe von Art. 40 der Kantonsverfassung die gebundenen und die im finanziellen Zuständigkeitsbereich von Kantonsrat und Regierungsrat frei bestimmbaren Aufwendungen aufgenommen. Es sind auf Grund von Art. 32 der Finanzhaushaltsverordnung (FHV) vom 25. März 1988 auch Ausgaben und Einnahmen berücksichtigt, die sich aus vorgesehenen Gesetzesvorlagen und Kreditbeschlüssen ergeben. Nach Art. 32 Abs. 2 FHV bleiben diese Voranschlagskredite aber bis zur Bewilligung durch die zuständige Instanz gesperrt. Bei der Budgetierung der Erträge wird auf die bisherigen Einnahmen und ihre voraussichtliche Entwicklung abgestellt. Im vorliegenden Voranschlag 2006 konnten die Auswirkungen der Unwetter vom August 2005 noch nicht berücksichtigt werden.

Als wichtige Beschlüsse und Annahmen liegen dem Voranschlag 2006 zu Grunde:

- Annahme der Teilrevision des Steuergesetzes auf den 1. Januar 2006 und entsprechende Aufhebung der zweckgebundenen Staatssteuer von 0,2 Einheiten zur Finanzierung des Ausbaus des Kantonsspitals;
- Staatssteuerfuss laut Art. 2 Abs. 3 des Steuergesetzes vom 30. Oktober 1994 mit 2,95 Einheiten;
- Finanzkraft von 30 Punkten bei den zweckfreien Bundesbeiträgen und beim Finanzausgleich;
- Globalkredit an die Betriebsrechnung des Kantonsspitals Obwalden von 14,8 Millionen Franken sowie von 1,0 Millionen Franken an Investitionen;
- Lohnsummenentwicklung für die generelle sowie individuelle Lohnentwicklung von 1,8 Prozent;
- Leistungsprämien von 0,2 Prozent.

313 311

Personalpolitische Überlegungen

Im Sinne einer leistungsorientierten Lohnpolitik soll die zu verteilende Lohnsumme zu 0,9 Prozent generell und zu 0,9 Prozent individuell und leistungsbezogen innerhalb der einzelnen Lohnbänder zur Verfügung gestellt werden.

Bewilligter Stellenplan

	Verwaltung	Schulen	insgesamt ohne Gerichte	Gerichte
Voranschlag 1993	264.29	36.56	300.85	
Voranschlag 1994	265.29	43.19	308.48	
Voranschlag 1995	268.32	43.39	311.71	
Voranschlag 1996	273.42	43.39	316.81	
Voranschlag 1997	255.30	51.24	306.54	9.60
Voranschlag 1998	254.24	52.72	306.96	9.60
Voranschlag 1999	253.00	52.02	305.02	10.10
Voranschlag 2000 1)	251.97	62.19	314.16	10.10
Voranschlag 2001 2)	279.32	60.86	340.18	10.10
Voranschlag 2002	287.55	61.15	348.70	10.10
Voranschlag 2003 3)	272.85	61.99	334.84	10.60
Voranschlag 2004	274.29	65.80	340.09	10.60
Voranschlag 2005	273.43	69.58	343.01	10.60
Veränderungen:	6.08	5.00	11.08	0.85
Voranschlag 2006	279.51	74.58	354.09	11.45

1) Neuzuteilung der Landwirtschaftlichen Schulen

2) Die Zentralisierung der Steuerverwaltung bedingt eine Aufstockung um 21 Stellen

3) Reorganisation von 7 auf 5 Departemente und Ausgliederung Afl und StVA

Die Veränderungen im Stellenplan sind wie folgt begründet:

Leistungsauftragserweiterungen erfolgen in den Bereichen: Steuerverwaltung (Revisorat), Konkurse (befristete Aufstockung), Strafverfolgung und Strafvollzug, Kantonspolizei (Radar-Stelle), Grundbuchbereinigung (zum Teil befristet) und Departementssekretariat Bildungs- und Kulturdepartement (befristet für Bildungsgesetz). Die Schulen stocken insgesamt fünf Stellen auf, nämlich beim BWZ vier (je zwei bei den Brückenangeboten und der Berufsmittelschule) und an der Kantonsschule eine. Ober- und Verwaltungsgericht, Kantonsgericht sowie Jugendgericht erweitern ihren Leistungsauftrag ebenfalls. Beim Ober- und Verwaltungsgericht sowie beim Jugendgericht werden Gerichtsschreiber in Teilzeitstellen angestellt, beim Kantonsgericht wird das Sekretariat erweitert.

32 Gesamtergebnis

in 1'000 Fr.:

	Voranschlag		Rechnung
	2006	2005	2004
Laufende Rechnung (LR):			
Aufwand	257'568	252'010	236'693
Ertrag	258'603	252'392	248'055
Ordentliches Ergebnis	1'035	382	11'362
ausserordentlicher Ertrag		2'558 (1)	2'077 (2)
ausserordentlicher Aufwand		2'558 (1)	5'212 (3)
Aufwandüberschuss			
Ertragsüberschuss	1'035	382	8'227
Investitionsrechnung (IR):			
Ausgaben	58'191	42'897	67'565
Einnahmen	34'960	32'070	57'467
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	23'231	10'827	10'098
Darlehen in Investitionsrechnung	-211	328	816
Zunahme Nettoinvestitionen (effektiv)	23'442	10'499	9'282
Finanzierung:			
Zunahme der Nettoinvestitionen	23'442	10'499	9'282
Abzüglich Abschreibungen	12'883	15'298	17'535
Ergebnis Laufende Rechnung	1'035	382	8'227
Finanzierungsergebnis (ohne Darlehen)	-9'524	5'181	16'480
Selbstfinanzierungsgrad:	59.4%	149.3%	277.5%

1) Kantonsanteil an zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung von 400 Mio. Franken ("Goldvermögen")

2) Kantonsanteil an zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung von 300 Mio. Franken ("Goldvermögen") zuzügl. Substanzausschüttung der Schweiz. Rheinsalinen

3) Ausserordentliche Abschreibungen

Die Laufende Rechnung sieht bei einem Gesamtaufwand von 257,6 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von rund 1,0 Millionen Franken vor. Der Gesamtaufwand liegt um 5,5 Millionen Franken über dem vorgesehenen Aufwand des Jahres 2005. Die Gründe für diese Steigerung werden anhand der nachfolgenden Artengliederung erklärt. In der Investitionsrechnung sind Gesamtausgaben von 58,2 Millionen Franken geplant. Durch die sachbezogenen Investitionseinnahmen von 35,0 Millionen Franken und die in der Investitionsrechnung verbuchten Darlehen führt dies zu effektiven Nettoinvestitionen von 23,4 Millionen Franken. Diese Nettoinvestitionen können durch die in der Laufenden Rechnung vorgesehenen ordentlichen und ausserordentlichen Abschreibungen von zusammen 12,9 Millionen Franken und dem Ergebnis der Laufenden Rechnung nicht vollumfänglich finanziert werden. Das Finanzierungsergebnis weist für 2006 entsprechend ein Defizit von 9,5 Millionen Franken auf und der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 59,4 Prozent.

33 Laufende Rechnung

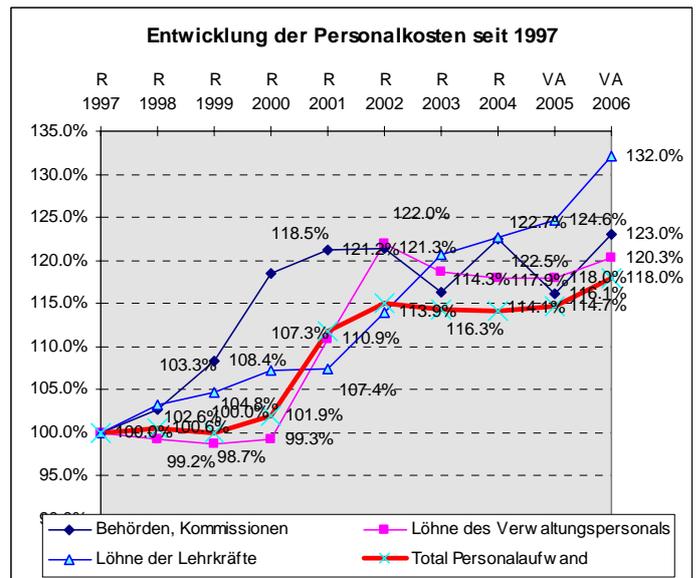
Artengliederung

in 1'000 Fr.	Voranschlag		Veränderung		Rechnung 2004
	2006	2005	gegenüber VA 05		
<i>Aufwand</i>				%	
30 Personalaufwand	46'299 ⁽⁴⁾	44'927	1'372	3.1%	44'698
31 Sachaufwand	27'170 ⁽⁵⁾	23'719	3'451	14.5%	18'861
<i>Sachaufwand ohne baulicher Unterhalt/AV</i>	18'016	17'285	731	4.2%	15'944
32 Passivzinsen	3'189 ⁽⁶⁾	4'496	-1'307	-29.1%	4'476
33 Abschreibungen	12'883 ⁽⁷⁾	15'298	-2'415	-15.8%	17'535
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	10'700 ⁽⁸⁾	3'150	7'550	239.7%	2'682
35 Entschädigung an Gemeinwesen	14'098 ⁽⁹⁾	13'698	400	2.9%	12'234
36 Eigene Beiträge	62'700 ⁽¹⁰⁾	61'132	1'568	2.6%	58'982
37 Durchlaufende Beiträge	49'784 ⁽¹¹⁾	51'055	-1'271	-2.5%	50'150
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen	1'558 ⁽¹²⁾	4'174	-2'616	-62.7%	68
39 Interne Verrechnungen	29'187 ⁽¹³⁾	32'919	-3'732	-11.3%	32'220
	257'568	254'568	3'000	1.2%	241'906
Total ohne Int. Verrechnungen	228'381	221'649	6'732	3.0%	209'686
Total ohne baul. Unterhalt/AV93/33/37/38/39	155'002	144'688	10'314	7.1%	139'016
<i>Ertrag</i>	Voranschlag		Veränderung		Rechnung
	2006	2005	gegenüber VA 05		2004
40 Steuern	64'556 ⁽¹⁴⁾	69'045	-4'489	-6.5%	71'397
41 Regalien u. Konzessionen	19'463 ⁽¹⁵⁾	21'971	-2'508	-11.4%	21'302
42 Vermögenserträge	9'201 ⁽¹⁶⁾	8'362	839	10.0%	8'067
43 Entgelte	17'749 ⁽¹⁷⁾	17'169	580	3.4%	16'307
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	30'510 ⁽¹⁸⁾	27'973	2'537	9.1%	28'124
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	1'166	1'154	12	1.0%	1'684
46 Beiträge für eigene Rechnung	27'250 ⁽¹⁹⁾	25'019	2'231	8.9%	20'833
47 Durchlaufende Beiträge	49'784 ⁽¹¹⁾	51'055	-1'271	-2.5%	50'150
48 Entnahme aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	9'737 ⁽²⁰⁾	283	9'454	3340.6%	49
49 Interne Verrechnungen	29'187 ⁽¹³⁾	32'919	-3'732	-11.3%	32'220
	258'603	254'950	3'653	1.4%	250'133
Total ohne Interne Verrechnungen	229'416	222'031	7'385	3.3%	217'913
Ergebnis	1'035	382	-653	170.9%	8'227

4) Personalaufwand

Der Personalaufwand im Voranschlag 2006 beträgt 46,3 Millionen Franken. In diesem Betrag ist eine vorgesehene generelle und leistungsbezogene Lohnsummenerhöhung von je 0,9 Prozent ¹ vorgesehen, was 0,72 Millionen Franken entspricht. Eine zusätzliche Schulklasse an der Kantonsschule sowie der erweiterte Leistungsauftrag im Bereich der Schulen (Einführung der Berufsmaturität und Brückenangebote) führen allein zu einer Erhöhung der Lohnkosten der Lehrkräfte von 0,65 Millionen Franken. Die restlichen Leistungsauftragserweiterungen werden in etwa durch die Leistungsauftragsverminderungen, d.h. die Auslagerung des Messwesens sowie der Legasthenie kompensiert.

¹ sowie Leistungsprämien von 0,2 Prozent



5) Sachaufwand

Der Sachaufwand erfährt gegenüber dem Voranschlag 2006 eine Steigerung von 3,5 Millionen (plus 14,5 Prozent). Der Hauptgrund dieser Steigerung ist auf den baulichen Strassenunterhalt der Nationalstrasse A8 zurückzuführen. Dieser ist im Jahr 2006 mit 8,6 Millionen Franken um 2,8 Millionen Franken höher budgetiert als 2005. Der Mehraufwand wird über die sachbezogenen Bundesanteile (Beiträge für eigene Rechnung ¹⁹) zu 97 Prozent finanziert. Die verschiedenen erweiterten Leistungsaufträge, unter anderem im Zivilschutz, haben auch höhere Sachaufwände zur Folge.

6) Passivzinsen

Neben den sehr guten Finanzierungsergebnissen der letzten Jahre wirkt sich auch die 2005 erfolgte einmalige Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank aus. Die mittel- und langfristigen Schulscheindarlehen können bei Fälligkeit jeweils zurückbezahlt werden und führen zu tieferen Passivzinsen von 1,3 Millionen Franken.

7) Abschreibungen

Für 2006 ergeben sich ordentliche Abschreibungen in der Höhe des Vorjahres von 12,9 Millionen Franken. Es entfallen jedoch die noch 2005 vorgesehenen zusätzlichen Abschreibungen von 2,6 Millionen Franken aus der Bewirtschaftung der Goldreserven des Kantons.

8) Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung beinhalten vorwiegend den innerkantonalen Finanzausgleich an die Gemeinden sowie den Anteil der Gemeinden am Reingewinn des Elektrizitätswerks Obwalden. Die Erhöhung um 7,5 Millionen Franken ist auf die Einführung sowohl des Steuerstrategieausgleichs von 6,3 Millionen Franken im 2006 (siehe auch ²⁰) Entnahme aus Spezialfinanzierungen) als auch des Lastenausgleichs Schule von 1,5 Millionen Franken zurückzuführen.

9) Entschädigungen an Gemeinwesen

Die Entschädigungen an Gemeinwesen umfassen hauptsächlich Abgeltungen an ausserkantonale Schulen (Hoch-, Fach- und Berufsschulen).

¹⁰⁾ *Eigene Beiträge*

Die Eigenen Beiträge sind mit Ausgaben von über 62 Millionen Franken der umfangreichste Bereich der Laufenden Rechnung. Die Beiträge beinhalten unter anderem die Leistungen an die eigenen Anstalten (Spital sowie Informatikleistungszentrum). Während die Informatikausgaben nur 0,1 Millionen Franken über dem Voranschlag 2005 budgetiert sind, steigt der Globalkredit an das Kantonsspital mit 14,8 Millionen Franken um 0,9 Millionen Franken an. Ebenfalls unter die Eigenen Beiträge fallen die Kantonsbeiträge an die AHV/IV von 4,5 Millionen Franken und die Ergänzungsleistungen AHV/IV von mittlerweile 11,1 Millionen Franken (plus 0,5 Millionen Franken). Wie bei den Entschädigungen an Gemeinwesen sind bei den Eigenen Beiträge aber Zahlungen an ausserkantonale Institutionen (Spitäler und Heime) mit einer Kostensteigerung von zusammen 0,6 Millionen Franken auf 9,7 Millionen für das Ausgabenwachstum massgebend.

¹¹⁾ *Durchlaufende Beiträge*

Nach den Eigenen Beiträgen sind die Durchlaufenden Beiträge mit fast 50 Millionen Franken ein weiterer grosser Bereich. Die umfangreichsten Transferzahlungen in dieser Kategorie betreffen die Direktzahlungen in der Landwirtschaft von 27,2 Millionen Franken (minus 0,3 Millionen Franken) sowie die Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung von 15,5 Millionen Franken (minus 0,7 Millionen Franken).

¹²⁾ *Einlagen in Spezialfinanzierungen*

Die vorgesehene Einlage von 1,6 Millionen Franken betrifft fast ausschliesslich die zusätzlichen Gewinnausschüttungen der Obwaldner Kantonalbank und des Elektrizitätswerks Obwalden (siehe auch ²⁰⁾ Entnahme aus Spezialfinanzierungen).

¹³⁾ *Interne Verrechnungen*

Die im Dezember 2005 zur Volksabstimmung gelangende Teilrevision des Steuergesetzes beinhaltet auch die Aufhebung der zweckgebundenen Staatssteuer von 0,2 Einheiten zur Finanzierung des Ausbaus des Kantonsspitals. Durch den Wegfall dieser Spezialfinanzierung entfallen auch die damit verbundenen internen Verrechnungen zwischen den Kostenstellen, was insgesamt zu einer Reduktion führt.

¹⁴⁾ *Steuern*

Auf Grund der vorgesehenen Teilrevision des Steuergesetzes bzw. der damit verbundenen Umsetzung der Steuerstrategie des Regierungsrates wird der Steuerertrag 2006 gegenüber dem Voranschlag 2005 zurückgehen. Ohne diese Investitionen in die Steuerstrategie würde im Voranschlag 2006 ein Steuerertrag von rund 73,4 Millionen Franken erwartet.

¹⁵⁾ *Regalien und Konzessionen*

Der Hauptanteil bei den Regalien betrifft die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank an Bund und Kantone. Gemäss der Vereinbarung des Eidgenössischen Finanzdepartements mit der Nationalbank beträgt die ordentliche Gewinnausschüttung 2005 wie auch 2006 2,5 Milliarden Franken, wovon der Kantonsanteil 15,9 Millionen Franken ausmacht. 2006 entfällt jedoch die zusätzliche Gewinnausschüttung aus den Erträgen der nicht mehr benötigten Goldreserven von 400 Millionen Franken. Der Kantonsanteil vermindert sich entsprechend um 2,6 Millionen Franken.

¹⁶⁾ *Vermögenserträge*

Die wichtigsten Einnahmen unter den Vermögenserträgen stammen aus den Reingewinnablieferungen und Verzinsungen der Dotationskapitalien der Obwaldner Kantonalbank (OKB) sowie des Elektrizitätswerkes Obwalden (EWO). Diese Einnahmen sollten sich auf der Höhe des Vorjahres bewegen und beinhalten auch die 2005 bereits budgetierte höhere Ausschüttung zur Finanzierung der von der Regierung angestrebten Steuerstrategie von zusammen zwei Millionen Franken. Der Anstieg der Vermögenserträge von 0,8 Millionen Franken ist auf die markant höhere Liquidität zurückzuführen.

¹⁷⁾ *Entgelte*

Die um 0,6 Millionen Franken höheren Entgelte liegen unter anderem in der Neukonzeption der Gebühren für die Bootsplätze (plus 0,2 Millionen Franken) begründet. Ebenfalls ins Gewicht fallen die aus den fest installierten Radarkästen erwarteten zusätzlichen Busseneinnahmen (0,3 Millionen Franken).

¹⁸⁾ *Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung*

Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung setzen sich hauptsächlich zusammen aus dem Kantonsanteil von 17 Prozent an den im Kanton bezogenen direkten Bundessteuern (5,0 Millionen Franken), dem Finanzausgleich aus der direkten Bundessteuer (21,8 Millionen Franken) sowie dem Kantonsanteil an der eidgenössischen Verrechnungssteuer (3,4 Millionen Franken). Nachdem für den Kanton Obwalden sowohl für 2005 als auch 2006 die gleiche Finanzkraft (30 Punkte) gilt, ist die Zunahme gegenüber dem Voranschlag 2005 vollumfänglich auf höhere Einnahmen aus den gesamtschweizerischen direkten Bundessteuern und dem dadurch gestiegenen Finanzausgleichsanteil zurückzuführen.

¹⁹⁾ *Beiträge für eigene Rechnung*

Wichtige Beiträge für eigene Rechnung sind mit 4,6 Millionen Franken (Vorjahr 5,2 Millionen Franken) die Anteile aus der Mineralölsteuer und mit 1,8 Millionen Franken die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Als Beiträge fallen weiter die Bundesbeiträge an die Ergänzungsleistungen mit 3,9 Millionen Franken (3,7 Millionen Franken), die Beiträge an die Gesundheits- und Unterstützungskosten der Asylsuchenden mit 2,4 Millionen Franken (2,8 Millionen Franken) sowie die Beiträge an den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse mit 10,6 Millionen Franken (7,7 Millionen Franken) ins Gewicht (siehe diesbezüglich Aussagen zu Sachaufwand ⁵⁾ an).

²⁰⁾ *Entnahme aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen*

Die Zunahme von 9,5 Millionen Franken ist vollumfänglich auf die Umsetzung der Steuerstrategie zurückzuführen. Mit der Entnahme von 9,8 Millionen Franken wird einerseits die für 2006 vorgesehene Ausschüttung des Steuerstrategieausgleichs an die Gemeinden von 6,3 Millionen Franken (siehe auch ⁸⁾ Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung) vollumfänglich finanziert. Andererseits wird auch die Laufende Rechnung des Kantons um netto 2,0 Millionen Franken entlastet.

Institutionale Gliederung

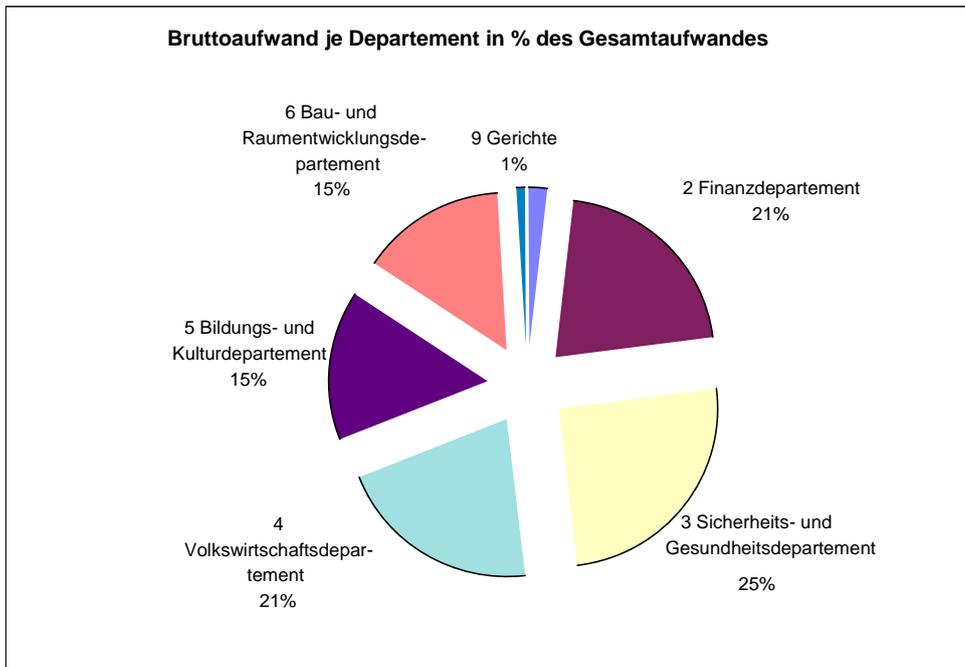
in 1'000 Fr.	Bruttoaufwand		Nettoaufwand		Abweichung Nettoaufwand		Nettoaufw. Rechnung 2004
	VA 2006	VA 2005	VA 2006	VA 2005	Fr.	%	
<u>Laufende Rechnung</u>	<u>257'568</u>	<u>254'840</u>	<u>-1'035</u>	<u>-382</u>	<u>-653</u>	<u>170.9%</u>	<u>-8'227</u>
1 Räte / Staatskanzlei	5'364	5'140	4'117	3'845	272	7.1%	3'829
2 Finanzdepartement	53'827	56'283	-94'386	-86'343	-8'043	9.3%	-90'424
3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	64'896	65'752	35'428	29'821	5'607	18.8%	28'615
4 Volkswirtschaftsdepartement	53'056	51'055	18'020	17'057	963	5.6%	15'751
5 Bildungs- und Kulturdepartement	39'777	38'534	30'954	30'112	842	-2.8%	29'434
6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement	38'541	36'042	3'125	3'482	-357	-10.3%	3'245
9 Gerichte	2'107	2'034	1'707	1'644	63	3.8%	1'323

Bei den Abweichungen des Nettoaufwandes fallen mit den grössten Abweichungen vor allem das Finanzdepartement und das Sicherheits- und Gesundheitsdepartement auf.

Zum gestiegenen Nettoertrag des Finanzdepartements von 8,1 Millionen Franken tragen unter anderem die tieferen Passivzinsen (⁶⁾), der Wegfall der Verrechnung der zweckgebundenen Staatssteuer von 0,2 Einheiten für die Finanzierung des Ausbaus des Kantonsspitals (¹³⁾) aber auch die höheren Finanzausgleichszahlungen (¹⁸⁾) bei.

Die Investitionen in die Steuerstrategie fallen demgegenüber nicht so stark ins Gewicht, da die tieferen Steuererträge einerseits durch den Wegfall der zweckgebundenen Staatssteuer als auch die bereits 2005 vorgenommene Rücklage von 2,5 Millionen Franken gemildert wird.

Beim Sicherheits- und Gesundheitsdepartement ist der gestiegene Nettoaufwand sowohl von höheren Ausgaben im Gesundheitsbereich (Hospitalisationen inner- und ausserkantonale plus 1,1 Millionen Franken), dem Wegfall der Spitalsondersteuer (Auswirkung netto 1,5 Millionen Franken) als auch von tieferen internen Verrechnungen an Kantonspolizei aus dem Ertrag der Motorfahrzeugsteuer (minus 2,3 Millionen Franken) geprägt.



34 Investitionsrechnung

in 1'000 Fr.	Voranschlag		Veränderung gegenüber VA 05		Rechnung 2004
	2006	2005	Fr.	%	
<i>Ausgaben</i>					
50 Sachgüter	36'759 ⁽²¹⁾	23'583	13'176	55.9%	49'670
52 Darlehen und Beteiligungen	660 ⁽²²⁾	1'178	-518	-44.0%	1'534
56 Eigene Beiträge	7'297 ⁽²³⁾	5'686	1'611	28.3%	5'521
57 Durchlaufende Beiträge	13'475 ⁽²⁴⁾	12'450	1'025	8.2%	10'840
Bruttoaufwand	58'191	42'897	15'294	35.7%	67'565
<i>Einnahmen</i>					
62 Rückzahlung Darlehen Beteiligungen	871	850	21	2.5%	718
63 Rückerstattungen für Sachgüter	7	55	-48	-87.3%	67
66 Beiträge für eigene Rechnung	20'607 ⁽²⁵⁾	18'715	1'892	10.1%	45'842
67 Durchlaufende Beiträge	13'475 ⁽²⁴⁾	12'450	1'025	8.2%	10'840
Ertrag	34'960	32'070	2'890	9.0%	57'467
Nettoinvestitionen	23'231	10'827	12'404	114.6%	10'098
52/62 Rückzahlbare Darlehen	211	-328	539	-164.3%	-816
Nettoinvestitionen ohne Darlehen	23'442	10'499	12'943	123.3%	9'282

²¹⁾ *Sachgüter*

Bei den Sachgütern sind mit 21,1 Millionen Franken (Vorjahr 19,2 Millionen Franken) die Baukosten bei der Nationalstrasse der grösste Bereich (Tiefbauten insgesamt 22,3 Millionen Franken). Im Vergleich zum Voranschlag 2005 sind nun auch die Hochbauten mit 13,1 Millionen Franken (0,8 Millionen Franken) erheblich angestiegen. Der Hauptteil entfällt dabei mit 10,1 Millionen Franken auf den Ausbau des Berufs- und Weiterbildungszentrums (BWZ) in Sarnen.

²²⁾ *Darlehen und Beteiligungen*

Mit 0,5 Millionen Franken fallen die meisten Darlehen bei der „Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)“ an.

²³⁾ *Eigene Beiträge*

Bei den Eigenen Beiträgen fallen u.a. die Kantonsbeiträge an den Wasserbau mit 1,4 Millionen Franken (plus 0,4 Millionen Franken), an die Verbauungen und Anlagen zur Sicherung von Naturgefahren mit 0,8 Millionen Franken (minus 0,2 Millionen Franken) sowie an den öffentlichen Verkehr mit 3,7 Millionen Franken (plus 1,5 Millionen Franken) ins Gewicht.

²⁴⁾ *Durchlaufende Beiträge*

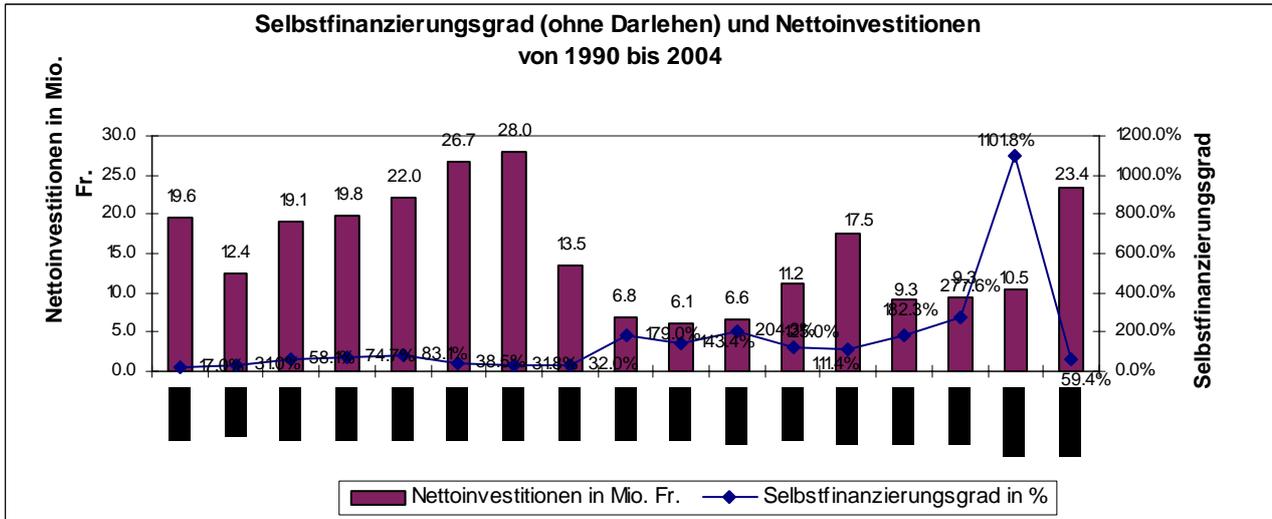
Ähnlich wie bei den eigenen Beiträgen ergeben sich auch höhere Durchlaufende Beiträge. Die höchsten Beträge sind mit 5,4 Millionen Franken bei den Verbauungen und Anlagen zur Sicherung von Naturgefahren sowie mit 5,9 Millionen Franken bei den Fliessgewässern vorgesehen.

²⁵⁾ *Beiträge für eigene Rechnung*

Die Beiträge für eigene Rechnung betreffen im 2006 mit 20,5 Millionen Franken die Bundesbeiträge an den Bau der Nationalstrasse sowie mit 0,1 Millionen Franken den Bundesanteil an die Lärm-schutzmassnahmen.

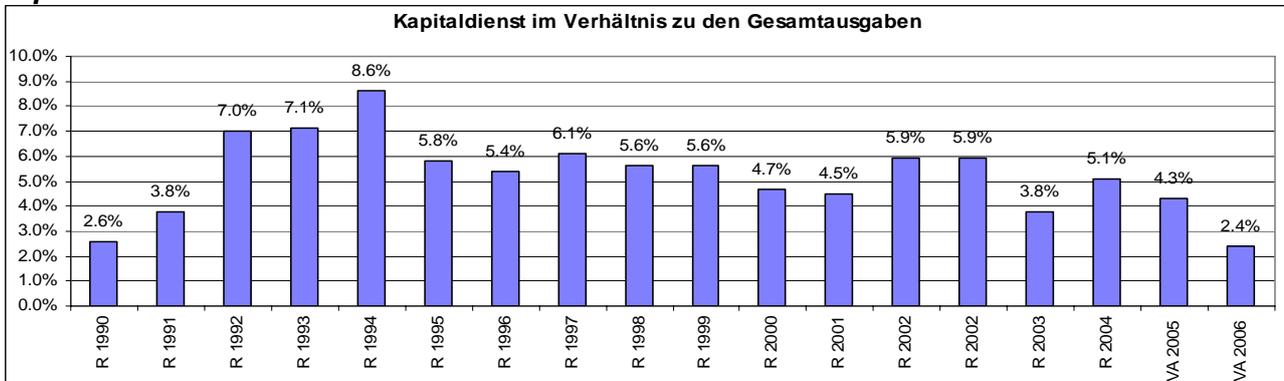
35 Kennzahlen

Selbstfinanzierungsgrad



Nachdem das letzte grössere Hochbauprojekt (Neubau Kantonsspital) vor rund zehn Jahren vollendet wurde, fallen mit dem Neubau des BWZ 2006 wiederum höhere Nettoinvestitionen an. Dadurch wird der Selbstfinanzierungsgrad für das Jahr 2006 rund 60 Prozent betragen. Das Finanzierungsergebnis weist sodann ein Defizit von 9,5 Millionen Franken aus. Das vom Regierungsrat definierte Ziel einer vollständigen Finanzierung der Investitionen über fünf Jahre gesehen wird aber auch mit dem für 2006 vorgesehenen Selbstfinanzierungsgrad erreicht.

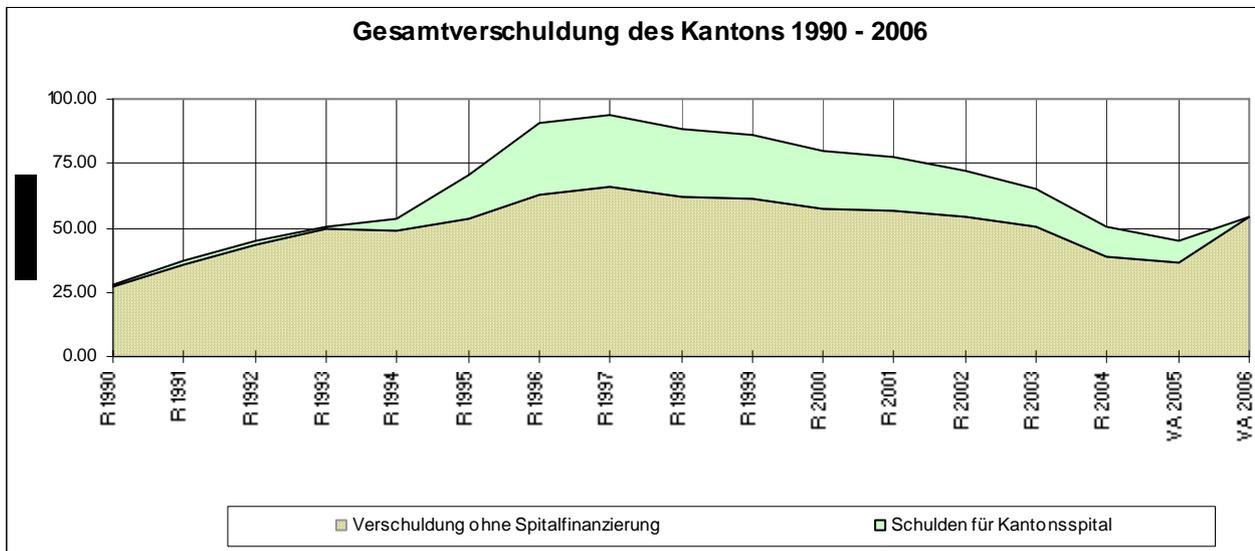
Kapitaldienstanteil



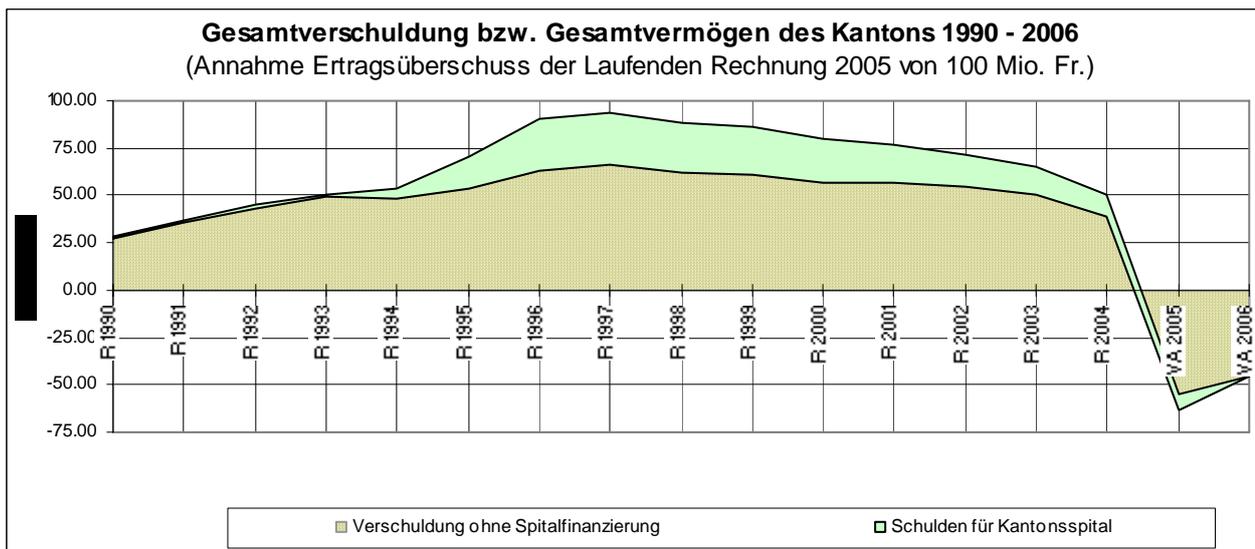
Der Kapitaldienst (Abschreibungen plus Nettozinsen) von 6,9 Millionen Franken (Vorjahr: 11,4 Millionen Franken) im Verhältnis zum Gesamtaufwand (ohne interne Verrechnungen) von 286,5 Millionen Franken (264,5 Millionen Franken) ergibt den Kapitaldienstanteil. Diese Kennzahl zeigt mit 2,4 Prozent (Vorjahr 4,3 Prozent) wieder eine leichte Verbesserung auf. Diese ist sowohl auf die tieferen Abschreibungen und Nettozinsen als auch auf den insgesamt höheren Gesamtaufwand – insbesondere gestiegene Bruttoinvestitionen – zurückzuführen.

Gesamtverschuldung

Die Gesamtverschuldung steigt infolge des tiefen Selbstfinanzierungsgrades bzw. des Finanzierungsergebnisses um rund 10,0 Millionen Franken an.



In der vorhergehenden Darstellung ist die Auswirkung der einmaligen Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank aus den Erträgen der nicht mehr benötigten Goldreserven noch nicht enthalten. Unter der Erwartung, dass dank der Ausschüttung für 2005 ein Ertragsüberschuss von rund 100 Millionen Franken ausgewiesen werden kann, ergibt sich folgendes Bild der Verschuldungs- bzw. Vermögenssituation:



4. Beschlüsse des Kantonsrates zum Staatsvoranschlag 2006 und verabschiedetes Ergebnis

Der Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 1. Dezember 2005 von der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2006 bis 2009 Kenntnis genommen und den Staatsvoranschlag 2006 mit nachstehenden Änderungen verabschiedet:

	Voranschlag 2006		Finanzplan					
			2007		2008		2009	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Laufende Rechnung								
Gesamtergebnis (Seite 10)	-257'568	258'603	-262'364	262'350	-264'552	265'962	-267'827	269'001
Nachtrag gemäss Botschaft								
Auswirkungen der								
Hochwasserkatastrophe 2005	-4'619	3'353	-565	80	-205	30	-195	30
Zusätzliche Anpassungen des								
Kantonsrates	-216	300						
Total Laufende Rechnung	-262'403	262'256	-262'929	262'430	-264'757	265'992	-268'022	269'031
Ergebnis Laufende Rechnung		-147		-499		1'235		1'009
Investitionsrechnung								
Gesamtergebnis (Seite 10)	-58'191	34'960	-67'537	49'920	-91'740	58'997	-72'155	59'187
Nachtrag gemäss Botschaft								
Auswirkungen der								
Hochwasserkatastrophe 2005	-21'180	13'250	-27'440	14'720	-3'800	8'095	-11'250	7'500
Total Investitionsrechnung	-79'371	48'210	-94'977	64'640	-95'540	67'092	-83'405	66'687
Nettoinvestitionen		31'161		30'337		28'448		16'718
Selbstfinanzierungsgrad		40.6%		45.7%		60.2%		117.6%